

Dauer, bis höchstens 40 Tage im Jahr, durch die Erlaubnis der höheren Verwaltungsbehörden, täglich bis zu dreizehn Stunden beschäftigt werden dürfen.

Die Sozialdemokraten haben die Ablehnung des Paragraphen beantragt und wollen für den Fall der Ablehnung nur auf 14 Tage die Erlaubnis bis zu 12 Stunden täglich gestatten.

Ein Kartellantrag läuft auf eine Verschlechterung der Kommissionsfassung hinaus, insofern als unter gewissen Voraussetzungen die Erlaubnis auch für eine längere Frist als 40 Tage das Jahr gestattet sein soll.

Der sozialdemokratische Antrag wurde von Singer begründet, und nach kurzer Debatte der Verschlechterungsantrag des Kartells angenommen. Nachdem nun § 139, der von Unterbrechungen des Betriebes durch Natur-Ereignisse oder Unglücksfälle handelt, ohne Debatte in der Kommissionsfassung angenommen war, entspann sich eine ziemlich lebhaftes Debatte über § 139a, der den Bundesrat ermächtigt, für gewisse Fabrikationszweige im Interesse der Gesundheit oder Sittlichkeit die Verwendung von jugendlichen Arbeitern oder Frauen zu verbieten oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen; ferner bei Betrieben mit ununterbrochener Feuerung für Kinder und jugendliche Arbeiter in beschränkter Weise die Nachtarbeit zuzulassen.

Die Sozialdemokraten beantragen die Streichung des Absatzes betreffend die Nachtarbeit. Dagegen hat das Kartell auch zu diesem Paragraphen einen Verschlechterungsantrag eingebracht, der dem Paragraphen einen noch ausgesprochenen Kaufschuldencharakter zu verleihen bezweckt. Und in dieser verschlechterten Form wurde der Paragraph denn auch mit fast allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, trotz der scharfen und eingehenden Kritik Webers. Dieser meinte, das systematische Bestreben, die ohnehin so dürftige Vorlage noch zu verschlechtern, erfolge geradezu mit Ekel; und stellte für den Fall der von König Stumm angekindigten Einbringung weiterer Verschlechterungsanträge bei der dritten Lesung, die Wiederholung aller sozialdemokratischen Anträge für die dritte Lesung in Aussicht.

Der folgende § 139b trifft Bestimmungen über die Aufsicht der Behörden (Fabrikinspektoren und so weiter). Die Sozialdemokraten beantragten einheitliche Regelung durch das Reich, während die Vorlage die Regelung den einzelnen Bundesstaaten überläßt. Dieser Paragraph giebt zu einer längeren Diskussion über das Institut des Fabrikinspektors Anlaß.

Dr. Girsch sprach allerlei „Wünsche“ aus; Oberstaatsanwalt Hartmann erklärt alles Bestehende für gut, und Weber wies auf die jetzt noch bestehenden Mängel des Instituts hin, dem prinzipiell seitens der Sozialdemokratie — Sympathie entgegengebracht werde. Nur müßten die Inspektoren zahlreicher sein, größere Machtvollkommenheit und eine vollständige Unabhängigkeit von den Unternehmern besitzen. Schließlich wurde, durch Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, die Kommissionsfassung mit einer, durch das „Kartell“ vorgeschlagenen Modifikation angenommen.

Zu einer Debatte gaben nur noch die Strafbestimmungen Anlaß. Der Abg. Stadthagen beantragt Erhöhung des Strafmaßes, das in der Vorlage für die Unternehmer viel zu niedrig (Geldstrafen bis 600 M.) normiert sei; und die sozialdemokratische Fraktion beantragt, auch die „Zeugnisse“ ebenso zu schärfen wie das „Arbeitsbuch“.

Stadthagen begründete seinen Antrag mit der unter den Unternehmern herrschenden arbeiterfeindlichen, selbst den ärgsten Gesetzwidrigkeiten geneigten Stimmung, wie sie in dem famosen „Komplot“ zu Tage getreten sei. Eine nähere Besprechung der in der Broschüre über das „Komplot“ mitgetheilten Umstände wird jedoch durch den Präsidenten verhindert. Die Wirkung der enthüllten Thatsachen ist aber eine so mächtige, daß das Kartell sich für den sozialdemokratischen Antrag ausspricht, der auch einstimmig angenommen wurde — der erste sozialdemokratische Antrag zum „Arbeiter-Schutz-Gesetz“, welcher die Zustimmung des Reichstags erlangt hat.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte bis zu § 151 erledigt und das Haus vertagte sich bis morgen 11 Uhr Vormittag, wo es sofort in die Besprechung des Koalitionsvertrags eintreten wird.

tigen Kalkstein, welche St. Vigil umschlossen, aufgefunden wurde. Die winterlichen Morgenmühen, welche in der Tiefe wallten und wogten, ließen St. Vigil selbst nicht erkennen. Nur dann und wann ging von dem Bache ein Blühen durch den Nebel. Auf der Nordseite trat der Wald dicht an das Dorf heran und nacktes Gestein wies seine Zähne dem Himmel.

Hannes warf einen flüchtigen Blick um sich. Er war erhitzt vom Steigen und empfand daher den scharf über die Höhe freifliegenden Ostwind um so heftiger. Rasch wendete er sich der nächsten Hütte zu, unter deren Thür in demselben Augenblicke ein alter Mann erschien, der trotz der Kälte in Händärmeln war. An den Hüften trug er plumpe Holzschuhe. Er mochte den Geistlichen schon vom Fenster aus beobachtet haben. Als ihn Hannes nach der Wohnung der Frau Strasser fragte, antwortete er kopfschüttelnd mit der Gegenfrage, was der hochwürdige Herr denn von ihr wolle? Sehe aber gleich hinzu: „Ja, ja, die Frau Strasser, freilich. Da weiß der Pöfel, der Pöfel-Franz Bescheid,“ und barhäuptig und ohne Hut, wie er war, führte er Hannes um die Kirche nach einem verfallenen Häuschen, in welches er voran hineinging, eine Thür öffnete und sagte: „Du, Franz, hier ist ein geistlicher Herr, und er fragt nach der Strasser.“ Hierauf setzte er sich auf die Fensterbank, um in Gemächlichkeit zu erfahren, weshalb Hannes nach der alten Frau fragte.

Hannes mußte sich bücken, um in die Stube zu gelangen die mit einer heißen Sticlust und dem Geruch von frischem Holz und Tannenharz erfüllt war. Außer dem Pöfel-Franz, den er von Jugend auf kannte, befanden sich dessen Frau und Tochter in der Stube, alle Drei mit dem Anfertigen der Holzwaaren beschäftigt, mit denen der Pöfel-Franz haushaltete. Dieser, der eben einen Hartenstock glättete, stand respektvoll von der Schnitzbank auf, und Frau und Tochter erhoben sich ebenfalls von ihren Sigen. Hannes winkte ihnen, daß sie sich in ihrer Arbeit nicht stören lassen möchten und sah sich nach einem Stuhl für sich um. Die Frau brachte ihm einen Strohsstuhl. Der Pöfel-Franz blieb jedoch mit dem Schnitzmesser in der Hand stehen und sagte:

Augenagelt sei folgende **Gemeinheit** der „National-liberalen Korrespondenz“, die in Bezug auf die Arbeiter-Schutz-Debatten des Reichstages also schreibt:

„Der Geschäftsplan (die zweite Lesung des sogenannten Arbeiterschutz-Gesetzes bis zum nächsten Dienstag zu beendigen) scheint durch die Sozialdemokraten vereitelt werden zu sollen. Den Vertretern der Arbeiterklasse gefällt es gar zu gut in Berlin, wo sie durch die Arbeiter-groschen in der Lage sind, ohne selbst zu arbeiten, ein behagliches Leben zu führen. Sie suchen daher durch endlose Reden einerseits die Debatten in die Länge zu ziehen, andererseits nach außen zu agitieren und von sich reden zu machen.“

Die Herren Unternehmer, deren „Ring“ die Sozialdemokraten zu sprengen suchen, und mit der Zeit auch sprengen werden, verstehen sich auf das Einschalten der „Arbeiter-groschen“ so gut, daß für die sozialdemokratischen „Agitatoren“ nichts mehr übrig wäre, wenn diese den Herren Unternehmern Konkurrenz machen wollten.

„Die freistündig sozialdemokratische Opposition“ ist „ein unter jüdischer Oberleitung stehendes Ganzes“ — verkündet die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer letzten „Politischen Wochenübersicht“. Herr Richter, wir sind nachbarlich genug, Ihnen ein Gläschen zu borgen.

Das amtliche Wahlergebnis aus dem 10. hannoverschen Wahlkreise liegt nunmehr vor. Es wurden im Ganzen 17 510 Stimmen abgegeben. (Zahl der Wahlberechtigten 31 052.) Von den Stimmen waren 85 unguiltig, es erhielt Fürst v. Bismarck 7865, Schmalfeld 3310, Adloff 2376 und v. Plate 3308 Stimmen; 6 Stimmen zerplitterten sich. Es hat somit eine Stichwahl zwischen dem Fürsten Bismarck und Schmalfeld stattgefunden. Der Termin für die Stichwahl ist auf den 30. April festgesetzt.

Die Erftwahl für den verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Dr. Windthorst im dritten hannoverschen Reichstags-Wahlkreise (Meppen-Bingen) ist seitens des Regierungspräsidenten von Osnabrück auf den 9. Juni angesetzt. Herr v. Hertling soll die Reichstags-Kandidatur abgelehnt haben. Wie die „Kreuz-Ztg.“ berichtet, ist für diesen Fall der Jesuitenpater Herr v. Hammerstein-Gesmolde als Kandidat in Aussicht genommen.

In Herrn Capriols Rede gelegentlich der Unteroffiziersprämien wird man durch des Kaisers Ansprache bei der letzten Jahneweihe gemahnt. Diese Rede schloß mit folgenden Worten:

„So erwarte er, daß jeder Truppenteil sein neues Feldzeichen hochhalten und es vor jedem Blat bewahren werde, sei es im Kampfe gegen einen äußeren oder inneren Feind!“

Unsere Leser wissen, welche Stellung wir zu diesem Standpunkt einnehmen.

Ein neuer Vorstoß gegen die „Kreuz-Zeitung“ geht von der konservativen Parteileitung aus.

Dieselbe erläßt in der „Konservativen Korrespondenz“ folgende Rundgebung:

Das Eingehen des „Deutschen Tageblatts“ hat vielfach die Auffassung hervorgerufen, als ob dieser Vorgang das Resultat einer Verständigung dahin sei, daß die Vertretung der konservativen Interessen in nur einer der größeren Berliner Zeitungen für erwünscht gehalten werde. Dieser Auffassung gegenüber ist auf Beschluß des aus der Wahl der konservativen Fraktionen hervorgegangenen Ausschusses des Wahlvereins der deutschen Konservativen Folgendes festzustellen:

1. Der Ankauf des „Deutschen Tageblatts“ hat stattgefunden, ohne daß die Parteileitung von diesem und von der Person des Käufers irgendwie in Kenntniß gesetzt worden ist. In einer Verständigung über den Besitzwechsel bezüglich dieses Blattes und die damit verbundenen Absichten lag für die Parteileitung weder eine Möglichkeit vor, noch ist von irgend einer Seite eine Veranlassung dazu gegeben worden.
2. Zur Zeit ist nur die von dem Wahlverein der Deutschen Konservativen herausgegebene und unter Leitung des von der parlamentarischen Vertretung der Partei bestellten Ausschusses stehende „Konservative Korrespondenz“ dazu bestimmt, über die in der Partei bestehende Anfassung zu orientieren.
3. Offiziell von der Parteileitung ausgehende Rundgebungen werden unter den in dem vertraulichen Anschreiben vom 20. Mai 1899 der Parteipresse mitgetheilten Vorzeichen in dieser „Konservativen Korrespondenz“ erscheinen, und zu Mittheilungen an die Mitglieder des Wahlvereins der deutschen Konservativen

Wenn Sie wegen Ihrer Großmutter hergekommen sind, dann kommen Sie zu spät, Herr Pfarrer.“

„Wie das?“ fragte Hannes erstaunt. „Da mich der gute Alte hier zu Euch geführt hat, so nahm ich an, daß die Ahne bei Euch wohne.“

„Freilich“, sagte der Pöfel-Franz. „Sie hat auch hier gewohnt, seitdem ihr Mann gestorben war; aber sie ist fort — schon seit drei Wochen etwa.“

Der Alte auf der Fensterbank nickte, als wollte er die Mittheilung bestätigen, und Hannes rief mit noch größerem Erstaunen: „Fort? — und wohin? Wo hält sie sich gegenwärtig auf?“

„Ja, wenn es Hochwürden nicht wissen, der doch ihr Enkel ist“, antwortete der Pöfel-Franz etwas scharf, lenkte dann aber mit der Bemerkung ein, die Alte hätte das Heimweh bekommen und wäre in ihr Geburtsdorf im Venetianischen zurückgekehrt.

Die Nachricht erschien Hannes unglaublich, mußte die Ahne doch nach seiner ungefähren Schätzung wenigstens siebenzig Jahre alt sein.

„Dennoch“, betätigte der Pöfel-Franz. Das Heimweh hätte sie schon seit dem Tode ihres Mannes gehabt. Jeden Herbst und Winter hätte sie davon gesprochen, nach ihrer üblichen Heimath zurückzukehren, wo die Menschen auch im Winter nicht froren und es nur auf den Bergspitzen Schnee gäbe. Wann die dicken Herbstmehle auf den Bergen gelegen und es draußen gestürmt und geschneit hätte, dann wäre sie nie müde geworden, von ihrer Heimath zu erzählen, wo es so schön wäre und die Sonne immer warm schiene. Aber sie hat nicht sorgelost, es hat sie was festgehalten!“

Er begegnete dem fragenden Blicke des jungen Geistlichen und sah auf die Kante der Fensterbank sehend, sagte er: „Nichts für ungut, Herr Pfarrer! Wir wissen hier in Meilen alle Bescheid, wie die Sachen zwischen ihr und dem Klosterbauer gestanden haben.“

Der Gast auf der Fensterbank stimmte wieder durch ein Kopfnicken bei und der Pöfel-Franz, der sich eben so wenig wie die Anderen um ihn kümmerte, fuhr fort: „Nichts

werden lediglich die „Konservative Korrespondenz“ und das „Konservative Wochenblatt“ (Verlag von Wilhelm Pfeil) benutzt werden.

Der „Hannoversche Courier“ wirft uns bewußte Unwahrheit vor wegen unserer Behauptung, daß erst durch Liebknecht's entschiedenes Vorgehen in der Presse und Stolle's Reichstagsrede die Auslieferung Winkelmann's zu erwirken ist. Wer weiß, daß schon fast 3 1/2 Jahre seit der Flucht Winkelmann's verfloßen sind, daß alle Hoffnung aufgegeben war, die Auslieferung zu erzielen und daß jetzt erst die Reichsregierung entschieden vorgeht, während früher bekanntlich nur ein in der Form ungenügendes Auslieferungsverlangen gestellt wurde, der weiß auch, auf welcher Seite bewußt die Unwahrheit geschrieben wird.

Wie sehr uns eine einschneidende, alle Arbeitszweige umfassende Arbeiterschutz-Gesetzgebung, welche freilich nicht nur auf dem Papiere stehen darf, sondern auch ernstlich und energisch durchgeführt wird, Noth thut, erleiht man aus einer Sprechsaal-Notiz in Nr. 6 der „Mittheilungen für Moorkultur“, einem Blatte, von dem man annimmt, daß es nie in die Hände der Arbeiter gelangen wird. Die Notiz, welche so charakteristisch ist, daß kein Wort hinzugefügt werden braucht, lautet:

Für Moorulturen, welche mit einem losen Deckand ohne Zehngelb befaßt sind, halte ich eine Hackmaschine mit Zugtheren überhaupt nicht für anwendbar, wenigstens nicht in den ersten Jahren. Für solche Kulturen sind nach meiner Ansicht die besten Hackmaschinen Schullinder, oder wo solche nicht in genügender Zahl zu haben sind Frauen; ich ziehe die ersteren jedoch vor, und zwar, weil sie billiger, williger und leichter zu lenken sind, und bei der leichten Arbeit dasselbe, ja mehr leisten als ältere Arbeiterinnen. Wenn man dagegen einwendet, daß man zu dieser Arbeit sehr gern Kinder verwenden würde, wenn sie nur dazu kommen wollten, so möchte ich darauf entgegen, man soll nur den Versuch damit machen, er dürfte bei einiger Ausdauer meist gelingen. Auch hier kam in den ersten Jahren dazu nur eine kleine Anzahl; erst nach und nach haben sich die Leute und zwar nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Kossäten und kleineren Bauern daran gewöhnt, ihre Kinder, weil sie dadurch einen häßlichen Verdienst haben, andererseits aber auch gut untergebracht sind und arbeiten lernen, sehr gern zu schicken. Schon seit mehreren Jahren habe ich, sobald das Hacken im Frühjahr beginnt, täglich 80—90 solcher 11—13-jähriger Kinder, in der Schulzeit zu halben, während der Ferien zu ganzen Tagen in Arbeit und ist der Andrang oft so groß, daß ich mitunter nicht alle annehmen kann.

Auf meinen älteren Kulturen, wo der Deckand schon fester geworden ist, würde ich ja auch eine Hackmaschine anwenden können, und werde mir vielleicht auch noch eine beschaffen, weil man dann eventuell mit der Maschine vor- und mit der Hand nachhaken kann. Bis jetzt habe ich es jedoch unterlassen, weil ich, wie gesagt, dieselbe nicht überall anwenden kann und auch mit den Kindern und Frauen gut ausgekommen bin. An Koha zählte ich diesen Kindern 50—60 Pf. pro Tag und kostet mich der Morgen zu haben, je nach dem vorhandenen Unkraut etc. von 1,50 bis mitunter 3 M.

Nicht allein in der Metallindustrie, schreibt die hiesige „Volks-Ztg.“, sondern auch unter den Handwerker-vereinigungen scheint Kontrolle über die unter den Gehilfen etwa vorhandenen Sozialdemokraten geübt zu werden. So sind der Schlächterinnung in Spandau von Berlin aus mehrere Gesellen namhaft gemacht worden, welche als der Sozialdemokratie angehörig bezeichnet sind. Die Kontrolle scheint von den Herbergen auszugehen.

Das Komplot gegen die Arbeiter, welches in Deutschland enthüllt worden ist, erregt — wie wir Zeitungen und Briefen aus dem Ausland entnehmen — in der ganzen zivilisirten Welt berechtigtes Aufsehen, und findet, von vereinzelten Unternehmerorganen abgesehen, einstimmige Verurtheilung. Solche Intoleranz und ein so geringes politisches Verständniß hatte man den deutschen Unternehmern nicht zugetraut, und daß die Behörden eines Landes, dessen Regierungen auf ihre sozialreformatorische Gesehung so stolz sind, mit den Unternehmern gemeinschaftliche Sache gemacht haben, erregt peinliches Staunen und gerührt den Nimbus, welchen der deutsche Polizeisozialismus um sich zu verbreiten gewußt hat. Was aber der deutsche Polizei-Sozialismus verliert, das gewinnt die deutsche Sozialdemokratie. Und so hat die Enthüllung dieses Komplots ihren Zweck nach jeder Richtung vollständig erreicht.

Wohes giebt es auf der Welt, das die Alte dem Klosterbauer nicht gewünscht hätte, von wegen ihrer Tochter. Ich will's nicht wiederholen. Am Tag Allesseelen leihim ist sie nach St. Vigil, um das Grab ihrer Tochter noch einmal zu sehen. Wie sie ist zurückgekommen, ist sie ganz anders gewesen als sonst. Still ist sie gewesen und in sich gefehrt und hat mitten in der Arbeit auf ihre Spinndel oder die Nadeln vergessen. Hat auch nicht davon geredet, was ihr etwas in St. Vigil geschehen ist. Und dann hat sie ihre wenigen Sabelstücken zu Geld gemacht, und hat sich weder von mir noch von meinem Weib bedenten lassen, daß in so später Jahreszeit und bei so rauhem Wetter selbst ein junger und kräftiger Mensch sich bedenken würde, die weite Reise durch das Buxterthal und das Ampezzothal zu unternehmen. Unterwegs trafe sie wohl gute Menschen genug, die ihr beistanden, hat sie gemeint. Da ist sie denn gegangen. Drei Wochen sind's her.“

Hannes hatte den Bericht mit keinem Worte unterbrochen. Peinlich genug war es ihm, zu hören, daß die unerquicklichen Familienverhältnisse so allgemein bekannt waren, doch konnte er darüber mit den Leuten unmöglich in Erörterungen oder Erklärungen sich einlassen.

„Wir wollen zu Gott hoffen, daß sie ihre Heimath glücklich erreicht hat“, sagte er nach einem kurzen, nachdenklichen Schweigen, als der Pöfel-Franz seinen Bericht beendet hatte, und erhob sich.

„Ja, Hochwürden“, versetzte dieser, indem er mit den Anderen gleichfalls aufstand. „Es hat ihr oberdlich frische Kraft gegeben, daß sie endlich in ihre Heimath zurückkame, und eine arme alte Frau findet in der ganzen Welt barmherzige Seelen. Es wünscht sich jetzt auch mancher Andere wohl aus Tirol fort, so lieb er es hat. Was gilt denn noch der Tiroler in seinem eigenen Land? Als einen Hund estimirt ihn der Bayer.“

Hier öffnete der Alte auf der Fensterbank zum ersten Male den Mund: „Ja, das sei Gott getlagt“, seufzte er. (Fortsetzung folgt.)

Die Getreidespekulation an der Börse ist der neueste Notanker, den das leide Schiff der Brotvertheuerungspolitik ausgeworfen hat. Alles Andere soll Schuld sein an den hohen Getreidepreisen — nur nicht die Kornzölle. Früher waren es die Bäcker und Zwischenhändler, gegen die Fürst Bismarck als Chef des Brotvertheuerungs-Ringes die Volkswirtschaften abzuklenken suchte — jetzt wird gegen die Börse gehetzt, welche an der Brotvertheuerung Schuld sei. Wir sind gewiß keine Freunde des „Giftbaumes“, und würden denselben, wenn wir könnten, lieber heute als morgen mit Stumpf und Stiel austrotten; allein, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß durch gewissenlose Börsen-Machinationen Preischwankungen hervorgebracht und momentane Preissteigerungen bewirkt werden können, so steht für Jeden, der vom Wesen des Handels auch nur das Elementarste versteht, doch das fest, daß eine dauernde Preissteigerung durch Börsenspekulationen nicht herbeigeführt werden kann.

Nein — es ist wieder der alte Kniff des Diebes, der haltet den Dieb! hinter einem anderen herrscht, um den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Die Urheber der Brotvertheuerung sind und bleiben die Herren Agrarier, die durch ihren „Kornmücker“ im Großen seit 12 Jahren dem deutschen Volk viele Hunderte von Millionen aus der Tasche genommen haben. Das Volk semt die Schuldigen und wird sich nicht auf eine falsche Fährte bringen lassen.

Die Korruption der deutschen Presse konnte man in den letzten Tagen genau studieren. Die Errichtung eines neuen großen Waarenhauses in Berlin hat den „anständigen“ Blättern einen großen Fischzug ermöglicht. Sie nahmen von den alten Häusern und dem neuen Konkurrenten in unparteiischster Weise Geld für Notizen, Artikel und Feuilletons im redaktionellen Theile. Herr M. Herzog ließ besonders stark die Reklametrömmel für sich schlagen. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, im „Hannoverschen Courier“ und in anderen Blättern finden wir nicht im Inseraten, sondern im redaktionellen Theile ein gleichlautendes Feuilleton „Ein Waarenhaus der Gegenwart und Zukunft. Frei nach Bellamy“. Wer etwas den Titel Gemäßes suchen würde, wird getäuscht, denn er findet nur eine plumpe Anpreisung des Geschäftes von Herzog. Daß ein wirklich anständiges Blatt Reklamen im Texte nicht aufnimmt, weiß jeder vernünftige Bearbeiter der Presse. Freilich kann, wenn man diesen Maßstab anlegt, kaum ein bürgerliches Blatt in Berlin anständig genannt werden.

Wie wir dem „Vestfeler „Peuple“ entnehmen, rüsten die Arbeiter in ganz Belgien sich zur Meuterei, welche dieses Jahr ungewisselhaft weit größerer noch ausfallen wird als im vorigen Jahre.

In einer Unterredung mit einem Journalisten erklärte der Führer der belgischen Arbeiterpartei Volvres, wenn die Revision des Wahlrechtes unter den Bedingungen stattfände, welche in dem Bericht der Centralsektion der Kammer aufgestellt seien, so würde dies eine Täuschung und Herausforderung der Arbeiterpartei sein und ein allgemeiner Streik würde dann sofort angeordnet werden.

Der erste Lord des Schatzes, Smith, verkündete die Namen der 27 Mitglieder der Kommission des englischen Parlaments betreffend „Arbeit und Kapital“ und erklärte, die Kommission sei beauftragt, die Fragen über die Arbeitgeber und Arbeiter, die Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitern, sowie die während der jüngsten Arbeitsstreitigkeiten im Vereinigten Königreiche aufgetretenen Arbeitsverhältnisse zu untersuchen und zu berichten, ob die Gesetzgebung mit Vortheil zur Abhilfe irgendwelcher entdeckter Uebel anwendbar und in diesem Falle, auf welche Weise sie anwendbar seien.

Die englische Armee wird immer unzuverlässiger, wofür neuerdings wieder ein neuer Beleg vorliegt. Eine Londoner Depesche des Bureau „Herold“ meldet nämlich:

Am Sonnabend weiterten sich einige Leute von der 84. Batterie der Königlich Artillerie in Portsmouth zur Parade zu erscheinen. Sie züchteten die Offiziere aus, ließen davon und zerstückelten die Fenster der Kasernen. Die Artillerie wurde alarmirt, worauf mehrere Verhaftungen stattfanden. Es wird ein Kriegsgesicht eingesetzt werden. Es heißt, die Meuterei habe wegen übermäßigen Drillens stattgefunden.

Zu der „Frankfurter Zeitung“ findet sich folgendes merkwürdige Telegramm aus Wien:

Nach polnischen Blättern wurde in Nowosilica ein russischer Defektor Namens Drowski verhaftet, der nach Erhebungen und theilweisen Geständnissen in London vier Sozialisten ermordet hat.

Unseres Wissens ist in London von diesem vierfachen Morde nichts bekannt.

Herr Parnell wird nun doch in den saueren Apfel beißen und sein Mandat niederlegen müssen. Sein Gegner Deach ist ihm im englischen Parlament so nachdrücklich in Leibe gegangen, daß zwar nicht Herr Parnell selbst, der bis zur moralischen Unempfindlichkeit abgedrückt ist, aber doch dessen Paar noch übrig gebliebene Anhänger sich von der Nothwendigkeit überzeugt haben, die Erfüllung seines Versprechens von dem „ungekrönten“ Erbkönige Irlands zu fordern. Und dieses Verlangen wird er kaum zurückweisen können. Ob er dann wiedergewählt wird, ist freilich sehr zu bezweifeln, da die Masse der Wähler sich immer mehr von ihm abwendet. Und daß er bei der letzten Abstimmung über das irische Landankauf-Gesetz für die Parnell-Regierung stimmte, hat seine Popularität gewiß nicht vermehrt.

„Besonderes Kennzeichen“. Unter dieser Rubrik heißt es in einem gegen einen Hochstapler erlassenen Steckbrief: „Sieht dem König Milan von Serbien auffallend ähnlich“. Preisfrage: Wer ist durch dieses Signalement beleidigt — König Milan oder der Hochstapler?

In der russischen Kaiserfamilie gehen merkwürdige Dinge vor. Kein Tag verläuft ohne Sensationsereigniß. In der letzten Nummer hatten wir den Selbstmord einer russischen Großfürstin zu melden gehabt. Jetzt wird aus Petersburg der „Kön. Ztg.“ berichtet: Als der Großfürst Michael auf der Fahrt nach Chartow die Depesche mit der Nachricht vom Tode seiner Gemahlin erhielt, gerieth er in Nachdruck aufregung, daß ihm eine Halsarterie platze. Die Ärzte waren recht besorgt. Es scheint, daß es auch da nicht mit ganz natürlichen Dingen zugeht.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

In die sozialdemokratischen Vertrauensmänner der ländlichen Kreise. Seit längerer Zeit werden von Berlin geleitete Arbeiterblätter aller Art franko nach den ländlichen Orten beaufsichtigt. Die sozialdemokratische Lehre gefandt, da jedoch in letzter Zeit verschiedene Parteizeitungen in den ländlichen Kreisen gegründet sind, so sind wir jetzt im Unklaren, ob die gesandten auch immer willkommen und notwendig sind. Wir sind deshalb gewillt, die Zeitungen nur dahin zu senden, wo dieselben von den Vertrauensmännern gewünscht werden, da wir nicht beabsichtigen, den eigenen Organen Abbruch zu thun, sondern nur die Agitation auf dem Lande unterstützen wollen.

Bei Bedarf werden Bestellungen sofort ausgeführt von Emil Böhl, Schankwirth, Frankfurter Allee 74, Berlin O. Die Kommission für Verbreitung geleiteter Arbeiterzeitungen im IV. Berliner Wahlkreis.

Elsfeld, 17. April. Der „verlorenste Anführer“ vor Gericht. Unsere Leser entsinnen sich wohl noch der Aufsehen erregenden Rede des Präsidenten v. Holleben vom 23. Januar im preussischen Herrenhause zu einer Regierungsvorlage, welche einem Antrichter die Dienstaufsicht über seine Kollegen übertragen sollte. Präsident v. Holleben sagte dabei aus, daß heutzutage nicht selten Antrichter verloren und der Trunksucht verfallen aus Mangel an Aufsicht. Diese Rede gab der Presse im allgemeinen Anlaß zu anderweitigen Erörterungen über die Ursachen der geringsten Erscheinung. Anfangs Februar brachte auch unser hiesiges Parteiblatt, die „Freie Presse“, einen solchen Artikel. Darin fand die Staatsanwaltschaft zu Düsseldorf eine Verletzung des § 131 des Strafgesetzbuches, welcher lautet:

„Wer erdichtet oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellte sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinkünften oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Am 16. April war nun der Verhandlungstermin von der Strafkammer zu Düsseldorf angesetzt. Der Angeklagte Grimpe führte aus, daß in dem ganzen Artikel von Thatsachen, die der § 131 verlangt, um angewendet werden zu können, nicht enthalten sei, geschweige denn von erdichteten oder entstellten Thatsachen. Der Artikel stelle vielmehr nur eine kritische Meinungsäußerung dar und diese könne noch so scharf, ja sogar ungerichtet sein, so lange nicht entstellte Thatsachen behauptet seien, bleibe sie straflos. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt die Anklage aufrecht, der Angeklagte müsse wissen, daß die freie Beweismittel in dem richterlichen Verhandlungsszimmer statthabe. Die ganze Tendenz des Artikels gehe darauf hinaus, die Rechtsprechung als einen Akt der brutalsten Willkür hinzustellen. Er beantrage, von einer Geldstrafe abzusehen und auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen zu erkennen. Der Angeklagte erwiderte darauf, daß die Beweismittel in dem inkriminierten Artikel gar nicht in Abrede gestellt sei, daß aber die meisten Urtheile, namentlich in politischen Prozessen, nicht einstimmig von den urtheilenden Richtern gefaßt werden und daß selbst über die Höhe des zu erkeennenden Strafmaßes die Meinungen oft auseinandergingen. Die Beratungen der Richter finden geheim statt, das habe für das große Publikum etwas Geheimnisvolles, Mysteriöses, daher der Ausdruck im Artikel „Mysterien des Verhandlungsszimmers“, woran die Anklagebehörde Anstoß genommen habe, womit aber keineswegs eine „erdichtete oder entstellte Thatsache“ behauptet sei. Was die Tendenz des Artikels anlangt, die der Herr Staatsanwalt hervorhebt, so steht davon im § 131 kein Wort, Tendenz können nicht bestraft werden; er beantrage daher seine volle Freisprechung. Nach kurzer Verathung verurtheilt der Gerichtshof, daß die Publikation des Urtheils am 23. Mai erfolge.

Barmen, 17. April. Der Genosse Trechler Karl. Nahe von hier hatte ein Gedicht verfaßt, betitelt „Ein Traumbild“, und drucken lassen. Bei Gelegenheit der Reichstags-Wahlwahl im Wahlkreis Bochum hatte er einige Exemplare verbreitet. Hierin erblidete die Polizei in Verthebe eine Gewerbesteuer-Konvention und die Staatsanwaltschaft in Offen eine Aufreizung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu offener Gewalt. Deshalb angeklagt hatte sich Genosse Naue am 15. April vor der Strafkammer des 1. Landgerichts zu Essen zu verantworten. Der Angeklagte bestritt, daß in seinem Gedicht eine Aufreizung zum Klassenhass liege und widerlegte die Stellen, auf welche die Anklage erhoben war. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 4 Wochen Gefängnis, 10 Mark Geldstrafe und die Kosten. — Gegen dieses Urtheil ist Revision angemeldet.

Hamburg. Die Demonstration am 3. Mai zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages dürfte hier einen bedeutenden Umfang gewinnen. Sämmtliche Gewerkschaften, sowie die drei sozialdemokratischen Vereine haben ihre Theilnahme erklärt und es dürften wohl ca. 100 000 Personen sich an der Demonstration betheiligen. — Der Redakteur der „Neuen Lücker Ztg.“, Richard Müller, wurde vom hiesigen Landgericht wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Beleidigung soll begangen sein durch Abdruck eines Artikels der amerikanischen „Cincinnati-Arbeiterzeitung“, der bereits in der „Münchener Post“ Aufnahme gefunden hatte unter dem Titel „Amerikanische Verichterstattung.“

Ottensen, 17. April. Die Reichstagswahl im 19. hannoverschen Wahlkreis hat wieder merkwürdige Vorkommnisse gezeigt. Im Kampfe mit geistigen Waffen haben sich die ersten Blut-Bismarcker seit in ihrer Art besonders ausgezeichnet. Ihre geistigen Argumente waren von jeder der Knäuel oder Säbel und Hinte. Das argumentum ad hominem der Trachtentferner Bauern gegenüber den sozialdemokratischen Trilchen ist ja noch in guter Erinnerung. So hat man auch bei der Wahlagitation in den letzten Tagen sich vielfach recht sonderbarer geistiger Waffen gegen die Sozialdemokraten bedient, besonders im Bismarcklande, in den Kreisen Freiburg, Neuhaus a. D. und Otterndorf. Wohl auf die Meldung der Bourgeois-Presse hin, daß noch am Wahltag selbst ein Schwarm sozialdemokratischer Agitatoren und Flugblattvertheiler aus Hamburg über den Wahlkreis gezogen würde, hat man sich gegen den Ansturm dieser gefährlichen Unflüchtler dadurch zu vertheidigen versucht, daß man Jettel folgenden Inhalts an die Handthüren klebte:

„Den Vertheilern sozialistischer Flugblätter und Stimmzetteln ist der Zutritt untersagt.“

Diese Jettel wurden allen Bauern und Bürgern ins Haus gebracht und Jeder, der als lokaler Staatsbürger gelten wollte, mußte dieselben am Eingang seines Hauses anbringen. Das amtliche „Freisblatt“ für Neuhaus a. D. gab hierzu noch folgende Instruktion:

„Von der letzten Reichstagswahl her ist und die Freiheit noch gut erinnerlich, mit der jungen Hamburger Arbeiter in die Häuser eingebracht sind, um sozialdemokratische Stimmzetteln und Flugblätter zu vertheilen. Wer sich diese meistens angebrachten Burschen aus dem Hause halten will, der schlage einen Jettel an seine Thür an, wonach sozialdemokratischen Flugblättern und Stimmzetteln der Zutritt verboten ist.“

Es wäre zu wünschen, daß die Fremden gleich beim Eintritt in die Ortschaften darauf aufmerksam gemacht würden, daß sie sich des Hausfriedensbruches schuldig machen, wenn sie in ein

Haus eindringen, an dessen Thür ein solcher Jettel befestigt ist.“

Mit der Fe-~~e~~-müthigkeit des amtlichen Kreisblattes für Neuhaus a. D. und seiner Bestimmungsgenossen kann natürlich kein sozialdemokratischer Arbeiter konkurriren.

Ergötzlich ist es, daß der „größte Staatsmann aller Zeiten“ sich einer Stichwahl mit einem „unbekannten Zigarrenmacher“ unterziehen muß. Bismarck hat nicht einmal die Stimmenzahl erreicht, die 1890 auf Gebhardt fiel. Auch die sozialdemokratischen Stimmen haben einen kleinen Rückgang erfahren, weil die zahlreiche Schifferbevölkerung an der Elbe und Weser, welche bei der vorigen Wahl sich in der Heimath befand und sozialdemokratisch wählte, diesmal an der Wahl nicht teilnehmen konnte, da die Schiffer außerhalb des Wahlkreises auf der Reise begriffen waren oder in Hamburg u. lagen. Das Gleiche war mit vielen Bauhandwerkern u. s. w. der Fall, die im Sommer nach den größeren Städten gehen. Außerdem hat man auf alle mögliche Art und Weise gegen die Sozialdemokraten gewöhlet. In der Bismarckgegend bei Neuhaus a. D., Freiburg u. s. w. hatte man die schon oben erwähnten Jettel an die Handthüren geklebt. Am Wahltag verwehrte man vielfach den sozialdemokratischen Kontrolleuren den Zutritt zum Wahllokal. Dieselben belamen auch in den Bismarckorten weder Nachquartier, noch Speisen und Getränke. Bei den Knechten und Landarbeitern konnte von freier Wahl keine Rede sein, sie wurden von den Bismarckbauern terrorisirt.

Solingen, den 16. April 1891. Sowohl in Wald wie in der Expedition der „Verglichen Arbeiterstimme“ hat die Polizei nach dem Suche die Religion des Kapitals von Paul Lafargue gesucht. In Wald wurde nichts gefunden, in der Expedition ein Exemplar beschlagnahmt.

Mannheim, 18. April. (Privat-Depesche.) Bei der heute vor dem Schwurgerichte stattfindenden Verhandlung gegen den Redakteur der „Volkstimme“, Thies, wegen Vergehens gegen § 180 des R.-St.-G.-B. wurde der Angeklagte für schuldig befunden und zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Thies war gelegentlich der Einleitung der Untersuchung bekanntlich nach der Schweiz geflohen, wie der Ausgang des Prozesses jetzt zeigt, sehr ohne Grund.

Aus Hessen, 16. April. In einer jüngst in Groß-Gerau bei Darmstadt stattgehabten öffentlichen Sitzung des Schöffengerichts ergab die Verhandlung die interessante Thatsache, daß der Bürgermeister von Darmstadt aus freilich aufgefordert war, dem Gemeindevorstand zu kündigen, da dieser für die Wahl des freisinnigen Kandidaten Munkel agitirt hätte. Es ist dieser Vorgang bezeichnend für die Stimmung, die damals zwischen Kartellisten und Freisinnigen bestand, er charakterisirt aber auch in treffender Weise den heftigen Freisinn, denn dieser nahm in edler Weise dadurch Rache an dem Kartell, daß er im Wahlkreis Darmstadt geschlossen für den Nationalliberalen eintrat und dadurch dessen Wahl gegen den Sozialisten Müller ermöglichte.

Kaiserslautern, 17. April. In heutiger Stadtraths-Sitzung wurde der Antrag der hiesigen sozialdemokratischen Partei am 3. Mai einstimmig genehmigt.

Frankfurt a. M., 16. April. Die hiesige Ober-Postdirektion ist ebenso wenig wie die anderer Orte eine Gönnerin des Postaffilierten-Verbandes. Nachdem bei der vor einiger Zeit stattgehabten Gründung desselben eine Warnung von ihr erlassen war, erlebten sämmtliche Vorstandsmglieder — die übrigen waren nicht bekannt gemacht — gleichwie an anderen Orten ihre sofortige Veretzung nach weit entlegenen Stationen. Das Schicksal ihrer Nachfolger war das gleiche. Es zeigt das Vorgehen in nicht mißzuverstehender Weise, daß die Leiter staatlicher Anstalten über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht anders denken, wie andere Unternehmern. Der Erfolg wird freilich nicht der gewünschte, sondern der sein, daß manchem weit rascher als es sonst der Fall gewesen wäre, die Augen darüber geöffnet werden, daß die Sozialdemokratie der einzige Hort aller abhängigen Existenzen, die einzige Interessenvertretung aller Lohnarbeiter ist, gleichviel ob ihr Werkzeug die Schaufel oder die Feder ist.

Frankfurt a. M. Die aufmerksamkeit die Frankfurter Polizei gegen unsere dortigen Genossen ist, geht aus folgender Notiz der „Frankf. Ztg.“ hervor. Die von der hiesigen sozialdemokratischen Partei niedergesetzte, aus den Herren Brähne, Bertram und Heinrich bestehende Kommission, welche Zeitungen und Zeitschriften der sozialistischen Richtung zu sammeln und zur Agitation auf das Land zu verwenden hat, wurde am Donnerstag Abend, als sie eine derartige Vernehmung in der Wohnung des Herrn Brähne vornahm, während der Arbeit von einem dazu beordneten Schutzmännchen überwacht. — Mehr kam man nicht von einer Polizei verlangen.

Arbeiterbewegung.

Vom Rhein, 16. April. Die geringe Reizung der Schiffer, sich mit den bisher gehaltenen erbärmlichen Löhnen abfinden zu lassen, und ihr erfolgreiches Streben sich im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung zu organisiren, veranlaßt sofort auch das Unternehmertum, sich zu koaliren. Die „Wirt. Volkstimme“ ist in den West nachstehenden als „streng vertraulich“ bezeichneten hektographirten Schreibens gelangt:

„Aktien-Gesellschaft für Handel und Schifffahrt.“
H. K. D. i. s. h.
Duisburg — Mainz — Mannheim.

Am 6. April 1891.
Um zu der, durch sozialdemokratische Agitation bewirkten und im Wachsen begriffenen Mäßigung unter dem Schiffsbock, insbesondere den Heizern, im Voraus geeignete Stellung zu nehmen, möglichst in Uebereinstimmung mit den verschiedenen Schleppstemen, möchten wir Sie um gefl. Mittheilung der von Ihnen gegenwärtig gezahlten Heizerlöhne einschließlich etwaiger Naturalbeiträge bitten, indem wir zugleich bemerken, daß wir unsern Heizern 20 Mark pro Woche außer Biergeld zahlen.
Nun wäre es erwünscht, zu wissen, was Sie gegenüber der Forderung der Heizer wegen Lohnerhöhung sich eigentlich zu verhalten gesonnen sind.

Hochachtungsvoll
H. K. D. i. s. h.

Dieser streng vertraulich begonnene Verkehr zwischen den Aboherstirnen wird streng vertraulich fortgesetzt werden und daß dies ist, wie die Aktienliste des deutschen Metallunternehmerverbandes beweisen, die Ausschungerung des Arbeiters, der mit legalen Mitteln strebt, sich eine menschenwürdige Existenz zu verdienen.

Essen a. d. Ruhr, 18. April. Die Meldung über ein angebliches Komploit gegen das Leben des Grubenverwalters von Zeche „Langenbrunn“ bei Werden a. d. Ruhr ist der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge vollständig unbegründet. Wahr ist nur, daß in der letzten am Sonntag stattgehabten Versammlung der Belegschaft der Zeche beantragt worden war, bei dem Grubenverwalters ein Gericht um Absetzung des Grubenverwalters einzureichen. Der Antrag wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt. Die Grubenverwaltung hat darauf 10 Werkzeuge, welche die Haupturheber des Antrags waren, am 15. April gekündigt.

Auf Zeche „Eintracht Tiefbau“ bei Steele dauert der Streik fort. Auf Zeche „Eiserde“ sind heute 3 Mann unter Tage angefahren.

Theater.

Dienstag, den 21. April.
Opernhaus. Tristan und Isolde.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Festung-Theater. Die alten Jung-
 gefellen.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. Die Kinder der
 Erzellen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Saint Cyr.
Wallner-Theater. Des Teufels
 Weib.
Kesiden-Theater. Die Früchte der
 Bildung.
Viktoria-Theater. Die sieben
 Raben.
Sellekiantheater. Der Gift-
 mischer.
Ostend-Theater. Im Bann der
 Schuld.
Thomas-Theater. Der Registrator
 auf Reisen.
Adolph Grub-Theater. Adam und
 Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direction A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Küchen von Bayerischer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-
 Director S. Sanftleben
 unter Mitwirkung des
 Opersängers u. Konzertmalers
 Signor Travicki aus Rom.
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks-
 und reichhaltigen Mittagstisch, sowie
 3 Billards, 3 Kegelbahnen und einen
 Saal zu Vergnügungen und Ver-
 sammlungen.
 708 F. Sadtke.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
 Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Gedn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23. 11-1 u. 5-9 U.
Knabe
 mit 2 Köpfen.
Esau-Lady.
 Im Spezialitäten-
 Theater 6-10 Uhr:
 Neu! Minnie Cash,
 10jährige Soubrette.
 Gebr. Horst, In-
 strumentalisten.
 Egr. Kappo, Jongleur, Ilka Scherz,
 Laura Zimmermann, Sigmund Stein,
 Mr. Brighton.

Rheinländischer Tunnel.

gen.: „Die Adèle Nagelkiste“
 Berlin N., Elsassersstrasse 73,
 gegenüber der Bergstraße.
 Ausverkauf von vorr. Lagerbier
 à Seidel 10 Pfg.
 bei guter musikalischer Unterhal-
 tung u. aufmerksamer Bedienung.
 Urmühliche Kneiperi.
H. Schultze (mit'n H.)
 Bestellungen auf Bier u. s. f. für
 jedes Vorkommnis werden im
 Lokal entgegengenommen. 665L

Schmargendorf.

Friedrichs-Garten, Dahlemerstr. 6.
 Jeden Sonntag **Sall.** Anf. 4 Uhr.
 Meine Lokalitäten stehen zu Arbeiter-
 versammlungen und Festlichkeiten zur
 Verfügung. Für **W. Speisen und Ge-
 tränke** ist bestens gesorgt. 608L
 Achtungsvoll
 P. Kübler.

Maitrank fl. 0,75.

562L F. Meyer, Oranienstr. 164.
 Filiale: Elisabeth-Platz 47.
 Mein Vereinszimmer, 40-50 Pers.
 fassend, ist noch einige Tage in d. Woche
 z. verg. auch als Zahlst. od. Kaffe pass.
 A. Hüttrich, Gollnowstr. 5. [367 b]

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Dienstag, den 21. April, Abends 8 Uhr,
 im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemar-Strasse 75:
Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die Chartistenbewegung in England“. Referent:
 R. Schmidt. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und
 Fragekasten. 899/8
 Programme zu der am 1. Mai stattfindenden Feier werden in dieser
 Versammlung ausgegeben; desgleichen auf sämtlichen Zahlstellen.
 Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.
 Die Zahlstellen des Vereins sind bei folgenden Genossen: im Süd-
 Osten: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40 (Kollbuscher Platz); P. Tuboll, Raunyn-
 strasse 80, v.; Karl Scholz, Wrangelstr. 92, vort.; Benno Stabernack, Wrangel-
 strasse 85 (im Zigarrengeschäft; im Osten: G. Tempel, Dresdenerstr. 27 (West.);
 O. Heindorf, Langestr. 70, part.; Loek, Friedrichsbergerstr. 11 (Restaurant).
 Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
 Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 Uhr,
 im Saale des Herrn „Knebel“, Badstraße Nr. 58:
Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Förster. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Gäste haben Zutritt. 841/13
 Die Zahlstellen des Vereins, wo jeden Sonntag von 10-12 Uhr Ver-
 träge entgegengenommen werden (auch werden neue Mitglieder aufgenommen)
 befinden sich in folgenden Lokalen: Franz Gleisler, Müllerstraße 178; Oskar
 Kleins, Gartenstr. 171; Julius Otto, Panstr. 31; Louis Vlok, Birkenstr. 24;
 Alex Linko, Beusselstr. 67; Joh. Gaadt, Brunnenstr. 88; Emil Schmidt, Treßow-
 und Diederhofenerstraße; Ecke; Borth. Wartig, Tempelinerstr. 12; Steinbach,
 Antonstr. 1 (Zigarrengeschäft).
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Unterstützungs-Kasse der d. Zimmerer

(E. H. R. Nr. 2) St. Hamburg, östliche Verwaltung Berlin.
Versammlung
 am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 Uhr,
 im Lokale des Herrn Pomerstein, Mite Jakobstr. 76.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung pro 1. Quartal 1891. 2. Bericht der Delegierten von
 der General-Versammlung in Dresden. 3. Revision- u. Erfahrungs- 4. Ver-
 schiedenes in Kassen-Angelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen bittet
 889b **Der Vorstand.**

Berein der Klempner Berlins

und Umgegend.
 Wir ersuchen die Mitglieder, welche Bücher aus der Vereins-
 Bibliothek entnommen haben, dieselben bis zum
Sonntag, den 26. April 1891,
 an die Bibliotheks-Kommission abzuliefern. Bücher werden von heute ab
 nicht mehr abgegeben. Jeweil. Revision. 187/11
 Ferner bitten wir diejenigen Mitglieder, welche noch mit ihren Ver-
 trägen im Rückstande und welche noch Gelder abzuliefern oder Billets
 von Matinee abzurechnen haben, dies schleunigst zu thun.
 Rechnungen, Liquidationen u. s. w. sind ebenfalls noch vor unserer
 Generalversammlung bei dem Kassanten Delcourt, Wienerstraße 28, ein-
 zuzufenden.
Der Vorstand. J. A.: P. Seidow.

Gau-Verein Berliner Bildhauer.

Außerordentliche Generalversammlung
 Heute, Dienstag, den 21. April, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Gaillard, Prinzenstr. 87, Hof part.
 Tagesordnung:
 Statutenberatung. — Geschäftliches und Verschiedenes. 116/16
 Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Berein der geistigen und materialen Interessen der Arbeiter und

Arbeiterinnen der Wäschebranche.
Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, den 22. April cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 in Sestold's Salon, Grenadierstraße Nr. 83.
 Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent Herr Dr. Christeller.
 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Frage-
 kassen. — Alle Arbeiter und Arbeiterinnen obiger Branche sind hiermit freund-
 lichst eingeladen. 882b

Oeffentliche

Versammlung für Männer u. Frauen
 am Dienstag, den 21. April, Abends 8 Uhr,
 in Schmiedel's Festsaal, Mite Jakobstr. 82.
 Tagesordnung: Vortrag des Herrn Sievers über Religion und
 Wissenschaft. — Diskussion und Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten
 findet Telesammlung statt. Um zahlreiches Besuch bittet
 140/19 J. A.: G. Jochim, Geibelstr. 5.

Große öffentliche Versammlung

der in der Wirtlerbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
 am Dienstag, den 21. d. April, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Krüger, Große Frankfurterstr. 99.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegierten vom Textilarbeiter-Kongress. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 888b **Der Einberufer: G. Jany.**

Achtung! Achtung! Achtung!

Maurer und Zimmerer!
 Freitag, den 1. Mai, Abends 9 Uhr, findet eine
Oeffentl. Bauhandwerker-Versammlung
 mit Frauen
 bei Lips, Altienbrauerei Friedrichshain, statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag, betreffend die Bedeutung des Achtstundentages laut der
 Pariser Resolution. 294/19
 Nachdem: Gemüthliches Beisammensein mit Frauen.
 Verschiedene Gesangsvereine werden Gesangsvorträge halten.
 Maurer, Zimmerer, erscheint alle in dieser Versammlung, um den
 1. Mai würdig dessen zu machen, was wir uns zum Ziel gesetzt haben: Ver-
 kürzung der Arbeitszeit.
 Hoch lebe die Einigkeit im Baufach!
 Karl Weise, Tegelerstr. 27.

Mai-Feier

Bildhauer Berlins

am Sonntag, den 3. Mai cr., in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21.
Anfang 4 Uhr Nachmittags.
 Das Programm wird sich zu einem des Tages würdigen und inhalt-
 reichen gestalten, bestehend aus **Vorträgen, Konzert, Gesang und Tanz.**
 Im ersten Theil des Programms:

Festrede des Herrn Julius Türk.
 Im zweiten Theil des Programms:
**Aufführung einer vom Kollegen Stahl speziell zu
 dieser Gelegenheit verfassten Dichtung.**
 Im dritten Theil des Programms:

Auftreten des Kollegen William Rex als Schwarzköpfer.
 Die zu diesem Tag erscheinende
Fest-Zeitung
 wird an die Teilnehmer gratis vertheilt.
 Billets à 20 Pf. sind zu haben bei sämtlichen Kommissionsmitgliedern
 und im Vereinslokal Prinzenstr. 87 allabendlich.
 Kollegen, welche nachweislich ohne Stellung sind, erhalten ihre
 Eintrittskarte unentgeltlich, um es Allen möglich zu machen, theil zu
 nehmen.
 Am 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr: **Oeffentliche Versammlung bei
 Gaillard, Prinzenstr. 87.** Tagesordnung später.
Die Kommission der Bildhauer.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 3.
 Wir halten auf Lager und empfehlen den
Männer-Gesangsvereinen
 zur Anschaffung:
Clem. Zahn. „Aufruf“.
 Gedicht von Georg Herwegh.
 Auch für eine Singstimme mit Pianofortebegleitung eingerichtet. —
 Erschienen zum 1. Mai 1890, wurde von vielen Arbeitervereinen
 gejubelt und fand begeisterte Aufnahme. — Part. u. Stim.
 1 M., jede Stimme 15 Pf., Lied 80 Pf.

La Marseillaise v. Rouget de Lisle.

Deutscher Text.
 Arrangirt von E. Kirsh. Umdichtung von Andorf.
 Der Komponist hat hier den deutschen Arbeiter-Sängern einen längst
 gehegten Wunsch erfüllt und etwas Einheitsliches und Klang-
 volles geschaffen. — Part. u. Stim. 1 M., jede Stim. 15 Pf.
Clem. Zahn. Op. 12. Drei Lieder:
 a) Georg Herwegh: Das freie Wort. b) Helar. Heins: Erleuchtung.
 c) Emanuel Geibel: Gondolera.
 Diese Lieder werden baldigst in Arbeitervereinen ihren Eingang
 halten. — Part. u. Stim. 1 M., jede Stim. 25 Pf.

Carl Hunger. Op. 13. „Tolle Streiche“.

Großes humoristisches Viederpoutpourri.
 Dasselbe hatte bei seiner erstmaligen Aufführung in Dresden einen
 durchschlagenden Erfolg und ist seitdem Repertoirenummer vieler
 Vereine. — Part. u. Stim. 2 M., 60 Pf., jede Stim. 40 Pf.

Eisen- und Stahlwaaren.

Werkzeuge für Schlosser, Töpfer u. Holzarbeiter.
Haus- u. Küchen-Geräthe.
E. Vogtherr, Berlin
 Erstes Geschäft: C. Landsberger-Strasse No. 64.
 Zweites Geschäft: NW, Stephan-Strasse No. 27a.
 (Fernsprech-Verbindungen.)
 Freie Zusendung. — nach außerhalb halbe Fracht oder Porto-Vergütung.

Russboden-Glasur-Lack-Farbe

Telephon Amt III 852L
 (goldbraun)
 trocknet in 4-5 Stunden hart und glänzend,
 macht das Überlackiren überflüssig. Das unan-
 gewandene Kleben ist vollständig ausgeschlossen.
 Nasse Witterung hat keinen
 Einfluss auf meine Farbe. Auf-
 träge führe nur gegen ver-
 herliche Einsendung des Betra-
 ges oder gegen Nachnahme
 aus. Preis a Pfund 80 Pf., mit
 Patent-Blechdose, welche
 gleichzeitig als Streichfläche
 benutzt werden kann.
R. J. Suter,
 Berlin N., Zionskirchstr. 44, anweit des Rosenthaler Thoros.
 Für Berlin von 5 Pfund an frei Haus.
 Telephon Amt III 852L

Für Schuhwaarenhändler!

Die von den ausgesperrten Schuhmachern gegründete
Deutsche Schuhfabrik, F. Rahmig & Co.,
 Erfurt, Auger 8,
 sucht auf allen Plätzen für ihre vorzüglichen Fabri-
 late zahlungsfähige Abnehmer, die den Alleinverkauf
 übernehmen. 596L
 Man achte genau auf die an jeder Sohle ange-
 bachter Kontrollmarke.

Wer Nähmaschine kaufen will, verlange — bevor man
 anderweitig kauft — eine illustrierte
 Preisliste **C. Mahnkopf, Berlin W., Dorsfinger-
 Strasse 23.**
 Diese seit 34 Jahren bestehende Firma ist die verlässlichste Bezugsquelle in
 Nähmaschinen, wie dies während von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

Echte Rathenower Brillen

und Pince-nez nur mit prima Kristall-Gläsern von 1,50 Mark an.
Rudolf Reinhardt,
 Linden-Strasse Nr. 94, neben der Markthalle.
 Sonntags geschlossen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung vom 20. April, 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Werleisch, Lehmann. Die zweite Beratung des Arbeiterschutz-Gesetzes wird fortgesetzt.

§ 138a, welcher der geltenden Gewerbe-Ordnung neu eingefügt werden soll, bestimmt, daß wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit auf Antrag des Arbeitgebers die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von 14 Tagen die Beschäftigung von Arbeitern über 16 Jahre bis 10 Uhr Abends an den Wochentagen außer Sonntagen unter der Voraussetzung gestatten kann, daß die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreitet. Innerhalb eines Kalenderjahres soll die Erlaubnis nicht für mehr als 40 Tage erteilt werden.

Ein von der Kommission eingeschalteter neuer Absatz knüpft die gleiche Befugnis für eine 14 Tage überschreitende Dauer und für mehr als 40 Tage im Jahre an die Erlaubnis der höheren Verwaltungsbehörde, und zwar nur für den Fall, wenn die Arbeitszeit so geregelt ist, daß ihre tägliche Dauer im Jahresdurchschnitt die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Der Antrag ist schriftlich zu stellen, der Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde binnen 3 Tagen schriftlich zu erteilen. Gegen die Befugnis der Erlaubnis ist die Beschwerde zulässig.

Nach dem letzten Absatz des § 138a kann die untere Verwaltungsbehörde die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche keinen Haushalt zu besorgen haben und zum Besuch einer Fortbildungsschule nicht verpflichtet sind, bei notwendigen Reparaturen und bei Arbeiten, welche zur Verhütung des Wühlens oder Verderbens von Rohstoffen erforderlich sind, an Sonntagen und Vorabenden von Festtagen über 8 1/2 Uhr Abends, jedoch nicht über 8 1/2 Uhr Abends hinaus gestatten.

Auer und Genossen (Soz.) wollen den § 138a ganz streichen, eventuell nur die Beschäftigung bis zu 12 Stunden gestatten und den von der Kommission beschlossenen Zusatz wie auch den letzten Absatz des § 138a beseitigen.

Die Volkspartei (Payer und Genossen) wollen den zweiten Absatz so fassen: Für 14 Tage überschreitende Dauer kann die gleiche Erlaubnis nur von der höheren Verwaltungsbehörde erteilt werden.

Von den Abgg. Gutfleisch, Hartmann und Genossen wird eine anderweitige Fassung der ersten beiden Absätze vorgeschlagen, wonach für eine 2 Wochen überschreitende Dauer die gleiche Erlaubnis nur von der höheren Verwaltungsbehörde und auch von dieser für mehr als 40 Tage im Jahre nur dann erteilt werden kann, wenn die Arbeitszeit für den Betrieb so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Abg. Wölmer (Df.) erklärt die Bestimmung des ersten Absatzes für vollständig ausreichend, um die durch die Natur des Betriebs gebotenen Ausnahmen von den Vorschriften des § 137 zuzulassen. Der von der Kommission neu eingefügte Absatz, der wesentlich im Interesse der zahlreichen Saisonindustrien weitere Ausnahmen gestattet, ist geeignet, die ganze Wohlthat, welche den Arbeiterinnen erwiesen werden soll, wieder illusorisch zu machen, da dann die Ausnahme zur Regel werden könnte. Die Saisonbetriebe hätten sich rechtzeitig auf die außergewöhnliche Häufung der Arbeit einzurichten. Jedenfalls sei ein Mißbrauch dieser den Verwaltungsbehörden zu erteilenden Befugnisse nicht ausgeschlossen. Redner beantragt, den Absatz zu streichen.

Abg. Singer (Soz.) kann auch die Befugnis, welche in dem beschränkteren Umfang der unteren Verwaltungsbehörde erteilt werden soll, als durch das praktische Bedürfnis gerechtfertigt nicht anerkennen und ist daher in erster Linie für die Streichung des ganzen Paragraphen. Da aber dafür eine Aussicht im Hause kaum vorhanden ist, so beantragt seine Partei, eventuell die Beschäftigung nur bis zu zwölf Stunden zuzulassen. Den Gründen des Vorredners gegen den Absatz 2 kann er sich vollständig anschließen. Mit diesem System von Ausnahmen würde einfach der relative Fortschritt, der durch § 137 gemacht worden, wieder aufgehoben werden.

Abg. Müller (natl.) tritt dagegen im Interesse der Saisonindustrie für den Beschluß der Kommissionsmajorität ein, welche er in der reaktionellen veränderten Fassung des Antrages Gutfleisch-Hartmann annehmen bittet. Gerade bei den Saisonindustrien müßten sehr oft große Lieferungen mit äußerster Schnelligkeit hergestellt werden; ohne die Möglichkeit verstärkter Derangement der Arbeitskräfte könnten bedeutende Industrien auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden.

§ 138a wird mit dem Amendement Gutfleisch-Hartmann angenommen.

§ 139 (im Wesentlichen übereinstimmend mit dem geltenden Gesetz) läßt Ausnahmen von den in den §§ 135—137 vorgesehenen Beschränkungen der Kinder- und Frauenarbeit zu, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben. Er wird ohne Debatte unverändert angenommen.

§ 139a giebt dem Bundesrath die Ermächtigung: 1. die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern für gewisse mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbundene Fabrikationszweige gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen; 2. für Fabriken mit ununterbrochenem Feuerbetriebe oder regelmäßiger Tag- und Nachtarbeit und für Kampagnenbetriebe Ausnahmen von den Beschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit nachzulassen.

In den Fällen zu 2 darf die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit für Kinder 36, für junge Leute 60, für Arbeiterinnen 64, in Ziegeleien für beide Kategorien 60 Stunden nicht überschreiten, die Nachtarbeit darf in zwei Wochen 60, in 24 Stunden 10 Stunden nicht überschreiten und muß in jeder Schicht durch Pausen von zusammen mindestens einer Stunde unterbrochen sein.

Die Bundesratsbestimmungen können auch für bestimmte Bezirke erlassen werden, sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage zur Kenntnismahme vorzulegen.

Die sozialdemokratischen Abgg. Auer und Genossen wollen Ziffer 2 und den Rest des § 139a streichen.

Die Abgg. Gutfleisch, Hartmann, Müller und Genossen wollen in einer weiteren Ziffer 2a für gewisse Fabrikationszweige, soweit die Natur des Betriebes oder die Rücksicht auf die Arbeiter es wünschenswert erscheinen lassen, die Abklärung oder den Wegfall der für jugendliche Arbeiter vorgeschriebenen Pausen gestatten, für diesen Fall sollen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als sechs Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht Pausen von mindestens zusammen einständiger Dauer gewährt werden. Ferner solle die Dauer der wöchentlichen Beschäftigung für Arbeiterinnen bis auf 65, in Ziegeleien bis auf 70 Stunden erhöht werden können.

Abg. Müller empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse mit dem

von ihm mitunterstützten Antrage: für die Spinnereien unterlasse er, weitere Ausnahmen zu beantragen, da eine solche Erweiterung Widerspruch finde.

Gch. Rath König erklärt sich mit dem Antrag Gutfleisch-Müller einverstanden, durch welche eine ähnliche Regelung der Materie wie in England erreicht würde.

Abg. Bebel: Die Spinnereien, für die Herr Müller in Uebereinstimmung mit der ursprünglichen Vorlage eintritt, gehören zu den am besten rentirenden Betrieben, die am wenigsten noch weiter gehender einseitiger Begünstigungen bedürfen. Es hat mich mit wahren Ekel erfüllt, wenn ich sehen muß, wie jeder kleinste Vortheil, der für die Arbeiter herauskommen soll, durch immer neue Wünsche der Unternehmer und durch immer neue Anträge wieder verkümmert oder ganz beseitigt wird. Gerade bei Betrieben anstrengender Natur, bei Nachtbetrieben, sollen jetzt die Kinder und jugendlichen Arbeiter in dieser argen Weise ausgebeutet werden, zumal jede Kontrolle über die Innehaltung dieser Vorschriften fehlt und der Fabrikinspektor doch nicht allgegenwärtig ist. Für solche grausamen Bestimmungen können wir unter keinen Umständen stimmen.

Abg. Wölmer: Auch ich halte die letzten Anträge Gutfleisch und Genossen für zu weit gehend. Der Gewinn einer Stunde Arbeit in der Woche (65 statt 64, 70 statt 69) kann für die Industrie selbst umwägig von Bedeutung sein. Wir haben allen Anlaß, diesem fortgesetzten Verlangen der Unternehmer nach Ausnahmen und größerer Latitüde in der Handhabung der einzelnen Vorschriften Halt zu gebieten. Bisher war dem Reichstage die Befugnis gegeben, die betreffenden Bundesratsbeschlüsse außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag es verlangt; diese Befugnis läßt die Kommission jetzt fallen und macht damit gegen das bestehende Recht einen Rückschritt. Nach dem Schicksal, welches ähnliche Anträge von unserer Seite bei früheren Gelegenheiten gefunden haben, verzichten wir darauf, die Aufrechterhaltung der betreffenden Vorschriften vorzulegen.

Abg. v. Stumm: Geben wir dem Bundesrath Vollmacht, dann müssen wir auch das Vertrauen haben, daß er die Bestimmungen dem Geiste des Gesetzes entsprechend ausführt. Die Fassung der Kommission mit ihrer genauen Angabe der Maximalzahl der Beschäftigungstunden ist hauptsächlich im Interesse der Arbeiter gewählt worden.

Abg. Schmidt (Eberfeld): Der Wegfall resp. die Abklärung der Pausen für jugendliche Arbeiter, wie sie der Antrag Gutfleisch für gewisse Fabrikationszweige vorschlägt, ist schon heute Brauch und kann unter Umständen für die Arbeiter von ganz besonderem Vortheil sein. Die Zahl 65 insbesondere ist deshalb gerechtfertigt, weil nach § 137 die Arbeiterinnen täglich 11, an Sonntagen nur 10 Stunden, 65 Stunden pro Woche, beschäftigt werden dürfen. Wenn man eine Latitüde geben will für längere Beschäftigung, so kann man doch nicht unter die Normalzahl herabgehen. Einen Antrag auf Zulassung dieser Ausnahmen auch für Mädchen unter 14 Jahren und bis zu 16 Jahren, die in Spinnereien beschäftigt sind, würde ich bekämpfen müssen, denn es handelt sich hier nicht um einfache Handreichungen, sondern um eine der schwersten Arbeiten, welche den Mädchen überhaupt zugemuthet werden können.

Abg. Müller befürwortet einen inzwischen noch eingebrachten Antrag Gutfleisch-Hartmann, wonach Ausnahmen von den Bestimmungen über die Frauenarbeit unter einer neuen Ziffer 2b auch für Fabrikationszweige, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, zugelassen sind, mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit 13, an Sonntagen 10 Stunden nicht überschreitet.

Abg. Bebel: Wenn es dabei bleibt, daß, wie heute angedeutet worden ist, auch in der dritten Lesung noch weitere Verschleierungsanträge eingebracht werden, kann ich heute schon anknüpfen, daß auch wir unsere Anträge wiederholen und neue stellen werden und die dritte Lesung dann auch 3 bis 4 Wochen dauern wird. Wenn der Bundesrath zu Verbesserungen der beschlossenen Vorschriften durch besondere Vollmacht autorisiert wird, so sind wir allzeit dafür eingetreten, nicht aber für eine Befugnis, welche dem Bundesrath Verschleierungsungen des im Gesetze statuierten Zustandes gestattet. Eine solche würde unzweifelhaft eintreten, wenn die neuen Anträge Gutfleisch-Hartmann angenommen werden.

In der Abstimmung wird § 139a mit den Anträgen Gutfleisch-Hartmann angenommen. Nach diesen Anträgen wird auch die Vorschrift, daß die Nachtarbeit in 2 Wochen die Dauer von 60 Stunden nicht überschreiten darf, fallen gelassen, dagegen sollen die Tag- und Nachtschichten wöchentlich wechseln.

§ 139b regelt die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen über die Sonntagsarbeit, Einrichtung und Betrieb der Fabriken, Handhabung der Arbeitsordnungen, Kinder- und Frauenarbeit. Die Aufsicht ist besonderen Landesbeamten (Fabrik-Inspektoren bzw. Gewerbe-Räthen) übertragen. Der Paragraph entspricht im Wesentlichen dem geltenden Recht.

Die Abgg. Auer und Genossen wollen die Fabrikinspektoren insofern als Reichsbeamte einsehen, als die Ordnung der Zuständigkeit zwischen ihnen und den Polizeibehörden durch das Reich erfolgen soll.

Abg. Hirsch plädiert für ihre Vermehrung, mindestens nach dem Muster Preußens, und erkennt darin, daß diesen Beamten in Preußen auch die Kesselrevision übertragen ist, keine Verbesserung des bestehenden Zustandes; es werde vielmehr durch diese neue Funktion die Wahrnehmung der Geschäfte der Gewerbe-Inspektion beeinträchtigt. Während nun die Gewerbe-Ordnung für das ganze Reich die Materie einheitlich regelt, kann die Aufsicht nach ganz verschiedenen Anweisungen der Behörden der Einzelstaaten stattfinden. Darin liegt ein Widerspruch und eine Gefahr. Fleisch und Blut gewinnen die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung erst durch die Ausführung, durch die Aufsicht. Es kann daher nicht erwünscht sein, wenn die Beaufsichtigung der Ausführung dieser Vorschriften sich verschieden gestaltet und die Aufsicht hier streng, dort lax gehandhabt wird: wir hätten dann gewissermaßen verschiedene Gewerbegesetze im Reich. Dennoch ist ein Antrag von mir auf Einsetzung einer Reichs-Gewerbebehörde abgelehnt worden, und auch hier im Mienem ist keine Aussicht dafür. Aber wenigstens wird der Bundesrath genaue Anweisungen über die Ausführung der Bestimmungen des Gesetzes an sämtliche Fabrikinspektoren erlassen, worin denn doch wohl keine Ueberschreitung der Reichskompetenz erblickt werden kann. Es ist eine Anomalie, daß die Personen, welche als Richter eines Reichsgesetzes dastehen, gar nicht mit einander in Berührung kommen, während erst vor einem Jahre sogar eine internationale Konferenz über die Frage des Arbeiterschutzes stattgefunden hat. Zu begründen ist der dem § 139b von der Kommission ergebene Zusatz, wonach die Arbeitgeber verpflichtet sein sollen, den Fabrikinspektoren oder der Polizeibehörde statistische Mittheilungen über die Verhältnisse ihrer Arbeiter in bestimmten Fristen und Formen zugehen zu lassen. Es ist ein Anfang, aus dem sich vielleicht wirklich einmal ein Reichs-Arbeitsamt entwickeln wird.

Abg. Hartmann (Df.): Der Antrag auf Schaffung von Reichs-Gewerbe-Inspektoren hat, so oft er hier erschien, stets in mir einen entschiedenen Gegner gefunden. Der Wunsch, daß die Inspektoren in Wahrheit zu Vertrauenspersonen der Arbeiter

und der Arbeitgeber werden möchten, wird von mir getheilt, aber zum Vertrauen gehören zwei, und die Arbeiter lassen bisher an diesem Vertrauen zu wünschen übrig. Vielleicht bringt es Herr Dr. Hirsch in den Arbeiterkreisen, auf die er Einfluß besitzt, dahin, daß dies sich ändert. Daß die Gewerbe-Inspektionsverhältnisse schlecht sind, kann ich für Sachsen nicht zugestehen. Den Antrag der Sozialdemokraten, der nur die Ordnung der Zuständigkeitsverhältnisse der Gewerbebehörde dem Reich übertragen will, kann ich gleichwohl nicht zur Annahme empfehlen, da man zu den Einzelstaaten auch in dieser Beziehung das Vertrauen haben muß, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden.

Abg. Stegle (nl.) tritt für die Kommissionsfassung ein, welche es ermöglichen werde, genaue statistische Unterlagen für die zukünftige Gesetzgebung zu schaffen.

Abg. Bebel: Wenn die Handhabung dieses Gesetzes in ganz Deutschland eine einheitliche sein soll, muß sie durch einheitlich organisierte Behörden und einheitliche Organisation von Sachverständigen ausgeführt werden. Darum halten wir unser Reichs-Arbeitsamt vorgeschlagen. Das Bestreben aber, jede wirksame und ausreichende Kontrolle abzuwehren, hat zur Ablehnung unseres Vorschlages ebenso wie desjenigen des Herrn Hirsch geführt. Wir kommen darauf nicht wieder zurück, wollen aber die Ordnung der Zuständigkeitsverhältnisse der Fabrikinspektoren durch das Reich vorbehalten wissen. Das Fabrikinspektorat, wie es jetzt besteht, entspricht den bescheidensten Anforderungen nicht, sondern würde die preussische Regierung nicht zur Vermehrung der Inspektoren übergegangen sein. Auch Sachsen, welches allerdings in höherem Grade dieses Institut organisiert hat, muß noch vielmehr dafür thun, auch dort gehört zu den Obliegenheiten der Fabrikinspektoren auch die Kesselrevision. Wir sind keine Gegner, sondern energische Freunde derselben und wünschen die möglichst vollständige Ausgestaltung der Einrichtung, aber wenn sie nicht unparteiisch ihres Amtes walten, sonst einseitig und feindselig gegen die Arbeiter auftreten, so können sie das Vertrauen der Arbeiter allerdings nicht finden. In Gauen der Unternehmer sind sie doch nicht da, sondern zum Schutze der Arbeiter; zum Schutze der Ersteren sind sie nicht abthig. Die Berichte der österreichischen Fabrikinspektoren ergeben, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Arbeiter, welche sich an sie wenden, größer geworden ist, während sie bei uns darüber klagen, daß die entsprechende Zahl nicht zunehmen will. In der Schweiz ist es trotz allem Kantonalität gelungen, die Fabrikinspektion einheitlich zu gestalten, wie auch Herr König in seinem oft zitierten Buche lobend erwähnt. Ist das in der Schweiz möglich, so muß es für Deutschland erst recht möglich sein. Mit dem Zusatz der Kommission sind wir einverstanden. Bleibt die Bestimmung nicht auf dem Papiere, wird sie streng und energisch gehandhabt, dann wird sie die Nothwendigkeit noch viel tiefer greifender Aenderung der Gewerbe-Gesetzgebung unsehbar ergeben.

Abg. v. Stumm: Der Antrag der Sozialdemokraten ist 1878 von mir eingebracht worden, ich kann also nicht umhin, meine Freude darüber auszusprechen, daß die Sozialdemokraten in dieser Beziehung meinen damaligen Standpunkt zu dem ihrigen gemacht haben. Ich werde aber heute gegen diesen Antrag stimmen, weil seit 1878 eine ganz erhebliche Vermehrung der Fabrikinspektoren eingetreten ist und mir Gelegenheit genug haben, an der Hand der einzelnen Berichte auf einheitliche Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen wenigstens zu dringen. Wenn aber die Wünsche des Abg. Hirsch sich realisieren, würde mein Lob der Institution sich bald in das Gegenteil verkehren.

Abg. Hirsch erklärt, daß der Vorredner ihn mißverstanden habe. Der Aufsichtsbeamte ist in erster Reihe doch zum Schutze der Arbeiter da, muß sich also um ihre Bedürfnisse, ihre Beschwerden bekümmern. Dies und nichts Weiteres habe ich befohwörtet.

Mit einer kurzen Gegenbemerkung des Abg. v. Stumm schließt die Debatte. In der Abstimmung wird § 139b unverändert angenommen.

Damit ist die Beratung des Titels VII der Gewerbeordnung (Art. 1 der Vorlage) erledigt.

Durch einen neuen Art. 1a wird die Befugnis der Regelung gewerblicher Gegenstände durch Ortsstatut auf die weiteren Kommunalverbände ausgedehnt. Der Artikel wird unverändert angenommen, ebenso Artikel 3, welcher die Zuständigkeit der Innungen mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in Einklang bringt.

Art. 2 betr. die Zuständigkeit der Gewerbegerichte wird als überflüssig gestrichen.

Art. 4 enthält Abänderungen der Strafbestimmungen des Tit. X der Gewerbe-Ordnung.

Abg. Stadthagen beantragt, mit Geldstrafe bis zu 2000 M. und mit Gefängnis bis zu 6 Monaten auch Denjenigen zu bestrafen, der der Aufforderung der Behörde ungeachtet den Bestimmungen des § 120, betreffend den Besuch der Fortbildungsschulen, und des § 120d und 120e (Ausführung von Anlagen zur Sicherheit des Betriebes) zuwiderhandelt. Er führt aus, daß die bestehenden Strafmaße (Geldstrafen bis zu 300 M. oder Haft) für die in Rede kommenden Verstöße viel zu niedrig sind, und daß nach der Fassung der Kommission der Verstoß gegen § 120a überhaupt nicht geahndet werden soll. Die Strafe muß notwendig höher gesetzt werden, wenn man sich vorgezwängt, wie fortgesetzt die Unternehmer gegen diese Bestimmungen verstoßen, wie die Behörden sogar fortgesetzt Verbrechen begehen, indem sie diese Verstöße nicht sehen, wie sie sich sogar mit den Unternehmern zu diesem Zweck verbänden. (Präsident v. Pevchow rügt die letztere Ausführung als ungehörig.) Redner kommt dann auf die jüngste Verfassungsverletzung „Ein Komplott gegen die Arbeiterklasse“ zurück, welche den Beweis für seine Behauptungen enthielt. Der Verband deutscher Metallindustriellen ist ohne Zweifel ein politischer Verein und wird trotzdem von der Behörde nicht behelligt, sondern unterstützt. Der Verband unterliegt demnach dem preussischen Vereinsgesetze und müßte aufgehoben werden, da seine Vereine mit einander zu politischen Zwecken in Verbindung treten. Das ist aber nicht geschehen, vielmehr haben sich die Behörden ihm angeschlossen. (Präsident: Auch das ist nicht zur Sache geädigt.) Ich muß das aber aufzuführen, da die Unternehmer eine zu Gesetzesübertretungen hinneigende Klasse sind. (Güterleit; Präsident: Ich mache Sie zum letzten Male darauf aufmerksam, zur Sache zu sprechen.) Die Herren verstehen sogar die Behörden zu Gesetzesübertretungen zu verleiten. (Präsident ruft den Redner zur Sache mit Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßige Folge.) Dann bin ich nicht in der Lage, meinen Antrag überhaupt hinreichend zu begründen; der Lage, meinen Antrag überhaupt hinreichend zu begründen; die ich nehme aber an, daß nunmehr als bewiesen gelten darf, die Unternehmer sind Leute, die man nur durch hohe Geldstrafen dazu bewegen kann, dem Gesetze gemäß vorzugehen. Die lächerliche Strafe von 1 M. als Minimum wird keinen Unternehmer abscrecken.

Abg. Gige: Ich bitte, diesen Antrag Stadthagen abzulehnen, dagegen den Antrag Auer und Genossen anzunehmen, welcher mit der Strafe des § 145 auch diejenigen trifft, welche das Arbeitsgeheimnis in verbotener Weise kennzeichnen.

Die Abgg. Hartmann und Müller treten diesen Ausführungen bei und empfehlen dem Hause, diesen Antrag, trotz der Rede des Abg. Stadthagen, anzunehmen.

Abg. Bebel: Wir legen diesem letzteren Antrag sehr große

Bedeutung bei und glauben nicht, daß Sie den Antrag als notwendig anerkennen würden, wenn Ihnen nicht die bewußte Broschüre das Material in erschöpfender Weise geliefert hätte. Die geheime Kennzeichnung der Zeugnisse muß mit hoher Strafe getroffen werden, weil sonst thatsächlich eine zahllose Menge von Arbeitern existenzlos gemacht werden würde. Wir haben Ursache, diesen Erfolg als einen großen moralischen Erfolg zu betrachten.

Herr Rath Lohmann bekämpft den Antrag Stadthagen, der sich zunächst nur auf den dritten Absatz des § 120 beziehen könnte, aber auch in dieser Beziehung nach der Umgestaltung der §§ 120 d und 120 e hinfallig sei.

Herr Stadthagen hält seinen Antrag trotz dieser Ausführungen anrecht. Die höhere Strafe rechtfertigt sich, da man die Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften durch gebildete Personen höher strafen müsse als durch ungebildete.

§ 146 wird mit dem Antrage Lauer angenommen, ebenso ohne Debatte § 146 a, welcher mit Geldstrafen bis zu 600 M. oder Haft die Belegung der Bestimmung über die Sonntagsruhe bedroht, und §§ 147—151 (weitere Strafbestimmungen).

Um 5 1/4 Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 20. April, 11 Uhr.

Am Ministerische: Herrsurth und Kommissarien. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Landgemeinde-Ordnung.

Nach Schluß der Generaldebatte beantragt in der Spezialdebatte

Herr Richter zum § 1, daß den Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Annahme der Städte-Ordnung nicht verweigert werden kann; daß dieselben aber einen kollegialischen Gemeindevorstand nicht einzurichten brauchen. Der Antragsteller verweist darauf, daß die Versuche, den großen Landgemeinden in der Nähe Berlins und anderer großer Städte ein Abweichen von der Landgemeinde-Ordnung zu gestatten, nicht gelungen seien. Denn die Bildung eines kollegialischen Gemeindevorstandes ohne besoldeten Gemeindevorsteher sei unmöglich; die Annahme der Städte-Ordnung mit der Magistratsverfassung wird die großen Landgemeinden abspalten, weil dadurch die Verwaltung kostspieliger wird. Uebrigens kommen nicht bloß Berlins Vorortgemeinden in Betracht, denn nach der letzten Volkszählung gibt es 44 Gemeinden in den sieben östlichen Provinzen, die über 5000 Einwohner haben, davon 14 in der Nähe von Berlin. Man spricht so viel von der Wohnungsfrage; die einfachste, gründlichste Lösung der Wohnungsfrage liegt darin, daß man es den Arbeitern erleichtert, außerhalb der Großstädte zu wohnen. Das ist abhängig von der billigen Eisenbahnfahrt nach dem Vororte, und die Vororte müssen ihre kommunalen Einrichtungen der wachsenden Bevölkerung entsprechend treffen können.

Minister Herrsurth: Ich bin nicht in der Lage, den Antrag namens der Regierung zuzustimmen, aus dem formalen Grunde, weil sie in die Städte-Ordnung gehören, und aus dem materiellen Grunde, weil durch die Umwandlung einer Landgemeinde in eine Stadtgemeinde das Stimmenverhältnis auf dem Kreistage und dem Provinzial-Landtage verändert wird; deshalb wird dazu die Anhörung des Kreisaußschusses und des Provinzial-Landtages sowie eine Kgl. Verordnung notwendig sein. Eine Aenderung kann nur bei der Revision der Städte-Ordnung geschaffen werden.

Herr Bachem (Zentrum) schließt sich diesen Ausführungen an, während Abgeordneter Richter sie nicht als zutreffend anerkennt. Wenn diese Landgemeinden mit städtischem Charakter Landgemeinden bleiben, dann liegt die Gefahr nahe, daß die großen Hauseigentümer derselben als Grundbesitzer die Mehrheit auf dem Kreistage bilden. Wenn die Annahme des Antrages nur ein Schönheitsfehler ist, dann ist es nicht der einzige Schönheitsfehler.

Herr Gremer-Tellow: Den Berliner Vororten kann nur geholfen werden durch Einverleibung in Berlin. Was man sonst geplant hat, die Theilung der Kreise u. s. w., dadurch ist nichts gewonnen.

Herr Richter (Dfr.): Für die Einverleibung dieser Vororte ist die Zeit jetzt noch nicht gekommen; sie wird zu sehr verschiedenen Zeiten kommen. Jedenfalls können die Vororte aber darauf nicht warten. Sollte man sie jetzt einverleiben, dann würde der Ausbau der Vororte erfolgen auf Kosten der Stadt Berlin, während die Grundeigentümer der Vororte schon im Schlafe sehr viel gewonnen haben durch die Werthsteigerung ihres Grundbesitzes.

§ 1 wird unter Ablehnung des Antrages Richter unverändert angenommen.

Zum § 2 erklärt Herr Kanitz, daß er für die Bestimmung desselben stimmen werde, obgleich er ein Kompromiß sei; ob er für das ganze Gesetz stimmen werde, wisse er jetzt noch nicht. Auf eine Anfrage des Redners erklärt

Minister Herrsurth, daß die Gewährung von Beihilfen für Armen- und Schulzwecke noch nicht als Leistungsfähigkeit von Gemeinden zu betrachten sei.

§ 2 wird angenommen; ebenso ohne Debatte §§ 8—13.

§ 14 ist in der zweiten Berathung hinzugefügt worden; danach sollen bis zum Inkrafttreten eines Kommunalsteuer-Gesetzes die bisherigen ordnungsmäßigen Bestimmungen über die Gemeindebesteuerung aufrecht erhalten werden können.

Als Kompromiß (Antrag v. Heydebrand und Genossen) wird vorgelegt, unter Verlegung dieser Bestimmungen über die Uebergangsbestimmungen die Aufrechterhaltung der Ortsstatuten auf höchstens 5 Jahre zu gestatten.

Herr v. Quene beantragt, sie gelten zu lassen nicht bis zum Inkrafttreten des Kommunalsteuer-Gesetzes, sondern bis zum Inkrafttreten eines die Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer regelnden Gesetzes. Der Antragsteller verweist darauf, daß im Herrenhause im Einkommensteuer-Gesetz bezüglich der Ueberweisung aus den Mehrerträgen der Einkommensteuer eine Aenderung beschlossen sei; er bitte diese Fassung auch in den Kompromißantrag aufzunehmen.

Herr Richter erklärt sich mit diesem Antrag von Quene einverstanden, weil dadurch die Möglichkeit näher gerückt werde, die ordnungsmäßigen Bestimmungen aufzuheben.

Herr v. Heydebrand erklärt sich gegen den Antrag von Quene.

Nachdem Herr Krause sich für den Kompromißantrag ausgesprochen, erklärt

Minister Herrsurth, daß er den Antrag v. Quene nur für eine redaktionelle Aenderung halte; denn die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer werde nicht ohne Kommunalsteuer-Gesetz erfolgen und umgekehrt. Der Kompromißantrag ist eine Verbesserung, wenn auch zu bedauern ist, daß die Frist so lang bemessen ist.

§ 14 wird als Uebergangsbestimmung nach dem Kompromißantrage (v. Heydebrand u. Gen.) angenommen.

Darauf wird um 3 1/4 Uhr die weitere Berathung bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

lokales.

„Wohltätige“ Frauen in Wien und Berlin. Der Wiener Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ schreibt: Die Thätigkeit praktischer Nächstenliebe (1) kann man sich auch dann leisten lassen, wenn eine der Triebfedern dabei bis zu einem gewissen Grade in der Rivalität oder im Wettbewerb im Wohlthätigkeit zu suchen ist. Dies gilt von den aristokratischen Wohltätigkeits-Vereinigungen, die soeben im Palais Lichtenstein in Wien stattfanden. Sie entspringen dem üblichen Ehrgeiz einer hohen Dame, einer anderen im Wohlthun nicht

nachzusehen.“ Es wird dann erzählt, daß Fürstin Pauline Meternich seit einer langen Reihe von Jahren in jedem Frühjahr mit Hilfe des Hochadels und der künstlerischen Kreise Festlichkeiten aller Art zu „wohlthätigen“ Zwecken zu arrangiren pflege, aber heuer durch die Vorbereitungen zu der von ihr angeregten internationalen Musik- und Theater-Ausstellung an der Veranstaltung von Festlichkeiten der vorerwähnten Art verhindert sei. Dies habe die Prinzessin Hohenlohe-Schillingfürst, die Gemahlin des Ersten Oberhofmeisters des Kaisers Franz Joseph, bemerkt, um ihrerseits die so entstandene Lücke auszufüllen. Sie habe „die Gelegenheit mit Vergnügen und Eifer wahrgenommen“, um an die Spitze einer „erlesenen“ Schaar von Herren und Damen zu treten, die sich die Aufgabe gestellt habe, „zu Gunsten gemeinnütziger Institute Theater zu spielen, zu fügen, sich in lebenden Bildern zu zeigen u. s. w.“ Auf diese Weise seien die heutigen aristokratischen „Wohltätigkeitsvorstellungen“ zu Stande gekommen.

Auf diese Weise kommt nicht nur in Wien, sondern auch bei uns und aller Orten ein großer Theil der „gemeinnützigen“ und „wohlthätigen“ Veranstaltungen zu Stande.

Ein anderes Bild! Die „Saale-Zeitung“ und nach ihr fast sämtliche Berliner Blätter berichteten in diesen Tagen über eine Baronin von G., „eine den vornehmsten Adelkreisen angehörige Dame, welche sich um die Hebung der Kinderspiele nachweislich große Verdienste erworben hat.“ Sie stehe an der Spitze einer Gesellschaft, welche bei Schildehorn ein großartiges, in antikem Stil gehaltenes Vergnügungs-Etablissement erbauen und „großartige, den Charakter verbindende, den olympischen Spielen nachgebildete Volksbegeisterungen, welche ihrer Natur nach auch die Massen erziehend wirken“, veranstalten wolle. Auch sollten bei Hermsdorf bedeutende Terrains zu einem großen Kinderspielplatz erworben werden sein. Einem hiesigen Blatt wurde über die Frau Baronin aus Spandau, wo sie schon einmal mit ihrem „das Wohl des Volkes fördernden“ Unternehmen zu debütiren versucht hat, noch geschrieben: „Sie ist von der Idee befeuert, durch Zusammenführung der Jugend aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen die soziale Frage lösen zu wollen; und durch gemeinschaftliche Spiele der Kinder aller Stände wollte sie in den Kleinen den Keim zu dem späteren Klassenhass unterdrücken.“ Inzwischen hat ein Fabrikant, bei welchem sie Möbel auf Kredit bestellt hatte, festgestellt, daß das Ehepaar von G. auf dem Hof 3 Treppen ein einziges Zimmer bewohnt und bereits seit längerer Zeit die Nietsche schuldet. Der Bescheid eines Konkursbureaus lautet: „Mit dem Insultbetreten dieses Unternehmens versucht das Ehepaar sich eine Existenz zu gründen.“

Das ist die zweite Art, „gemeinnützige“ und „wohlthätige“ Unternehmungen ins Leben zu rufen.

Gitelkeit und Gewinnsucht sind die beiden Triebfedern der Bethätigung „praktischer Nächstenliebe“, wie sie von den sogenannten höheren Volksschichten geübt wird. Um Erfolg zu haben, brauchen die Gilden und Gewinnfüchtigen aber noch eine dritte Sorte von Menschen: Die Dummen, welche den Schwindel abnungslos mitmachen.

Ueber den Eisenbahn-Verkehr auf dem Nordring ist bereits vor Jahren in der Presse Klage geführt. Morgens und Abends, namentlich zu den Zeitpunkten, wo der Beginn und der Schluß der Arbeitszeit in den Fabriken stattfindet, waren sämtliche Jüge überfüllt, der Andrang zu den Wagen auf den Haltestellen der Bahn oftmals lebensgefährlich, und allgemein wurde die Befürchtung ausgesprochen, es möchte sich aus Anlaß dieser Unzulänglichkeiten einmal ein Unglück ereignen, das dann in seiner Tragweite unabsehbar sein müsse. Inzwischen sind diese Klagen in der Presse verstummt und man hätte annehmen können, daß denselben endlich Verzichtigung zu Theil geworden sei. Aber dies aber glauben wollte, besand sich in einem großen Irrthum. Man schreibt uns Folgendes:

Wenn jeder andere Arbeiter am Abend, sobald er die Fabrik im Rücken hat, sich sagen kann, daß nun die schwere Arbeit vorüber sei, und er hoffentlich nun bald mit gesunden Gliedern zu Hause sein werde, so trifft das für diejenigen Arbeiter, welche mit einem Nordringzuge fahren müssen, nicht so ohne Weiteres zu. Des Morgens sowie des Abends ist auf diesen Nordring-Stationen, namentlich zwischen Jannowbrücke und Gesundbrunnen, ein solcher Andrang von Arbeitern, daß man oft von Zuschauern die Worte hört: „Wenn hier einmal ein Unglück passiert, dann muß es jämlich werden!“ Und in der That — zusammengedrängt, wie die Leute in diesen Koupées sitzen und stehen, ist es nicht möglich, den Vorschriften, welche eine Anleitung zur Vermeidung von Unglücksfällen geben, nachzukommen. Um nun genau angeben zu können, wie sehr die Wagen überfüllt sind, habe ich am Dienstag die Fahrgäste von Station Jannowbrücke ab gezählt. Es saßen von Jannowbrücke bis Schlesischen Bahnhof in einem Koupée 18 Personen, vom Schlesischen Bahnhof bis Warschauerstraße 17 Personen, von Warschauerstraße bis Rummelsburg 17 Personen, von Rummelsburg bis Friedrichsberg 19 Personen, von Friedrichsberg bis Bismarck 18 Personen und von da bis Gesundbrunnen 16 Personen in einem Koupée, und ich glaube, daß dies Koupée noch lange nicht am meisten besetzt war. Denn als wir die Thür aufzählten, wurde sie wieder ausgefüllt und uns gesagt: „In den anderen Koupées ist es noch voller.“ Sollte sich hier nicht eine Abhilfe schaffen lassen? Bemerkten wir doch, daß die Wagen 2. Klasse in diesen Zügen an der erwähnten Strecke wirklich bloß zum Vergnügen mitfahren. Ich habe öfter auf Station Gesundbrunnen, wenn wir ausstiegen, gesehen, daß nicht ein einziger Fahrgast darin saß.

Natürlich läßt sich Abhilfe schaffen!

Um die Feierabendzeit sollen nicht bloß die Wagen in den laufenden Zügen vermehrt, sondern neue Jüge eingestellt werden. Wir begriffen nicht, weshalb die Bahnerwaltung diesem seit Jahren beständigen Uebelstande gegenüber unthätig bleibt. Die Zahl der beförderten Fahrgäste muß ihr doch bekannt sein. Wenn ein Zeitungsblatt über solche Uebelstände einmal ein scharfes Wort gebraucht, so steht im Hintergrunde der Herr Staatsanwalt.

Mit der Steuer-Einschätzung hat man es dem Anscheine nach bei den Einschätzungs-Kommissionen in diesem Jahre sehr eifrig betrieben. Ob dabei das Bestreben maßgebend gewesen ist, den vermittelbaren Anfall wieder einzubringen, den die neue Einkommensteuer herbeiführen wird, oder ob der Eifer auf einem anderen Gebiet gelegen hat, wird schwerer aufzufassen sein. Allein für die Gründlichkeit der betreffenden Einschätzungs-Kommission ist es jedenfalls kein besonderes Kompliment, daß sie den 9 Jahre alten Paul G., Stellmacherstr. 47 wohnhaft, der als harn- und vermögensloser Knabe bei seinen Eltern wohnt, in die zweite Steuerstufe der Einkommensteuer eingeschätzt hat. Diese Steuerstufe setzt ein Jahreseinkommen von 600 M. voraus, und man kann sich den freudigen Schreck der Angehörigen des Kindes denken, als sie die Steuererschätzung für ihren Sprößling erhielten, annehmend, daß der in Steuerfragen immer gut unterrichtete Magistrat doch auch wissen werde, wo dieses Einkommen für das Kind vorhanden ist. Inzwischen hat allerdings diese Freude einer nächteren Auffassung Platz gemacht und es wird den Angehörigen Nichts übrig bleiben, als rechtzeitig gegen die Veranlagung zu reklamiren, wenn sie spätere Sagerereien mit dem Steuererheber vermeiden wollen.

Der „Deutsche Gastwirths-Verband“ renommiert im „Lokal-Anzeiger“, seinem halbamtlichen Organ: „Der Verband hat nach der neuesten Zählung 194 Vereine zu seiner Mitgliedschaft, welche an sich insgesamt ziemlich 17 500 Mitglieder zählen. Die dem Verbande vor 10 Jahren, also bald nach seiner Begründung, gewidmete Theodor-Müller-Stiftung, aus welcher in Noth gerathene, brave, besorgte Fachleute Verpflegung finden sollen, hat jetzt bereits einen Fonds von annähernd 50 000 M.“ Die Stiftung wurde bei ihrer Gründung mit mehreren tausend Mark dotirt. Die Reklamer tragen vermittelst der „Wohltätig-

Einrichtung“, genannt Stellenvermittlung, zur Erhöhung der Summen bei. Bei den Prämierungsfesten müssen die Prämirten für die Stiftung „abladen“. Sonach zählt das einzelne Mitglied im Durchschnitt nicht Grassen, sondern nur Pfennige jährlich zum Fonds. Da ist also wohl kein Grund vorhanden zum Renommiren.

Gegen hundert Schulkinder in einem einzigen Klassenzimmer unterzubringen, — dieses Kunststück wird auf der 68. Gemeindefschule, Friedenstr. 20, ausgeführt. Zweimal in der Woche, am Dienstag und Freitag, werden die Kinder von zwei Klassen in einem Räume, der sonst nur die eine der beiden Klassen mit 47 Kindern aufnehmen hat und im Ganzen etwa 60 Sitzplätze enthält, zusammengepfertcht, um gemeinschaftlichen Gesangunterricht zu erhalten. Der Platz wird durch Zusammenrücken beschaft, wobei manchmal auf Bänken für vier Kinder sechs oder sieben sitzen müssen. Trotzdem muß noch ein Theil der Kinder im Gange stehen. Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß es sich nicht etwa um kleine Kinder handelt, bei denen das Zusammenrücken allenfalls noch erträglich wäre, sondern um die Schülerinnen der Klassen Ia und Ib, also um Mädchen im Alter bis zu 14 Jahren. „Der Aufenthalt in den Schulräumen ist gesundheitsfördernd“, sagt der Stadtschulrath Beckram. Die Eltern, welche Gelegenheit gehabt haben, die Wirkung dieses Aufenthaltes an ihren Kindern zu beobachten, werden anderer Ansicht sein.

Einem gewissenhaften Berichterstatter haben „Staatsb. Jg.“ und „Kreuz-Jg.“ Derselbe bringt einen Bericht über eine Rede des Reichstags-Abgeordneten Schwarz bei den Droschkentaktieren. Herr Schwarz ist nun zwar als Referent für die betreffende Droschkentaktier-Versammlung angelündigt, am Erscheinen in der Versammlung jedoch verhindert worden.

Eine eigenartige Neuerung im Postverkehr ist dieser Tage probeweise auf der Güterstation Grunewald versucht worden. Es handelt sich um die Beförderung von eiligen Poststücken durch Schnellzüge, ohne daß die Letzteren einen Aufenthalt an den betreffenden Stationen zu nehmen brauchen. Es wird ein Gefäß über den Schienen gebracht, welches so hoch ist, daß jeder Zug darunter durchfahren kann. Ist der Schnellzug in Sicht, und sind auf der betreffenden Station Briefschaften und Postpakete eilig zu expediren, so werden dieselben in einem Beutel an dem Gefäß angebracht, welcher durch eine sanftreiche Vorrichtung abgeholt wird, sobald der Postwagen des Schnellzuges durchfährt. Die Poststücken fallen in ein auf dem Wagen ausgespanntes Netz und von dort in das Innere des Wagens. Die Einrichtung, die schon seit langer Zeit auf allen englischen Bahnen funktioniert, hat sich auch hier bei der Probe auf Station Grunewald vorzüglich bewährt.

Frühlingsbotenschaft. Aus der schönen Havellandstadt Werder wird berichtet: Als am Donnerstag der bekannte Obstküchler Freize in der Potsdamerstraße das große Aprikosenpalis an seinem Wohnhause, welches der Kälte und Nachfröste wegen in diesem Jahre noch mit Abdrift verdeckt gehalten wird (im vorigen Jahre, wo man die Decke zeitiger löstete, hat der Nachfröste die Blüthe gänzlich vernichtet), die Decke auf einige Stunden entfernte, zeigte sich das ganze Palis bereits in Blüthe. Einige Dutzend der herrlichen rosa Blüthen waren vollständig entwickelt und dies trotz der Absperrung der Sonnenstrahlen durch die starke Mohrdecke.

Der Jahresbericht der Orts-Krankenkasse der Sattler für 1890 geht uns zu. Derselbe enthält nichts, was ein allgemeines Interesse beanspruchen kann, ausgenommen die Liste der im Jahre 1890 verstorbenen Mitglieder, welche 29 Personen aufzählt, von denen 12 an Schwindsucht gestorben sind, und darunter wieder 6 im Alter von noch nicht 20 Jahren.

Mit einem Falle von Kleptomanie soll sich, einem Gerichts-Berichterstatter zufolge, am Freitag die Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen gehabt und ein freisprechendes Urtheil gefällt haben. Bekanntlich giebt es keine Kleptomanie und auch für die Gerichte giebt es solche nicht mehr. Die Strafkammer hat in dem fraglichen Falle nicht Kleptomanie, von der während der Verhandlung überhaupt nicht die Rede war, sondern allgemeine Unzurechnungsfähigkeit angenommen; für diese würde der Grund in erblicher Belastung der Angeklagten gefunden. Nachdem die Kleptomanie aus den Gerichtsbüchern verschwunden ist, sollte sie nicht durch verkehrte Berichte in den Köpfen von Zeitungsläsern am Leben erhalten werden.

Verschwandener Kassierer. Am Sonnabend erschien in der Anzugpapierfabrik von Albrecht u. Meister zu Charlottenburg eine Frau, welche sich als die Frau des dort seit dem 1. April angestellten Kassierers Hellmuth Georg Heyn vorstellte und diesen zu sprechen begehrte. Man rief den Beamten, welchem gerade 5000 M. zur Auszahlung an die Lohnarbeiter übergeben worden waren, herbei, und dieser begab sich, indem er 2000 M. auf dem Zählstische zurückließ, mit ihm 3000 M. bei sich tragend, zu der Frau auf den Jura. Von diesem Augenblicke an ist Heyn nicht wieder gesehen worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Frau nicht seine Gattin war, und daß Heyn, welcher hier in dem Hause Marienburgerstr. 33 wohnte, sich am Freitag im 80. Polizeirevier ein Mittel aufstellen ließ, nach welchem er einen Paß nach Frankreich zu lösen beabsichtigte. Wenn nun auch dies nicht geschehen ist, so muß doch dem Verdacht Raum gegeben werden, ob habe mit der Unbekannten das Weite gesucht. Unerklärlich bleibt es, daß er, welcher 5000 M. unterschlagen konnte, fast die Hälfte zurückgelassen hat. Der Verschwundene ist 29 Jahre alt, hat eine große, schwarze Gestalt, dunkles, graumelirtes Haar und trägt einen kurzgehaltenen dunklen Vollbart.

Ein falscher Kriminalbeamter. Vorgestern Nachmittag hatte der Kutcher S. das Unglück, mit seinem Thorwagen ein vierjähriges Kind in der Elbingerstraße zu überfahren. Als er nach Feststellung des Sachverhalts das Polizeirevier verließ, trat ein unbekannter Mann auf ihn zu, welcher sich für einen Kriminalschumann ausgab und gesehen haben wollte, daß der Kutcher keine Schuld an dem Unfall trage. Als Ausweis zeigte er eine gelbe Blochmarke. S. schrie sich hocherfreut den Namen seines Zeugen auf und wollte sich dankend entfernen, als der Beamte meinte, daß doch die Sache ein Täpchen Bier werth sei und den Ersteren in ein Lokal der Elbingerstraße führte. Dort gestellten sich noch ein angeblicher Schutzmann und ein Berichterstatter hinzu, welche nun Alle von dem Kutcher bewirthet wurden. Später stellte es sich heraus, daß der angebliche Beamte ein vielfach vorbestrafter Schmiedler Jakob ist, welcher auf diese Weise sich und seinen Bekannten freie Bude zu verschaffen gewußt hat.

Ueber die mutige That eines braven Mannes meldet eine hiesige Korrespondenz Folgendes: Als der Tischler Budach Sonnabend Nachmittag die Elbingerstraße entlang ging, sah er plötzlich aus einem Fenster des Hauses Nr. 22 Flammen hervorbrechen. Sofort eilte er nach der gefährdeten Wohnung hinaus, in der sich nur mehrere Frauen befanden, welche des Feuers — Gerdinen waren in Brand gerathen — nicht Herr werden konnten, und löschte nun selbst die brennenden Gegenstände ab, bevor die unterdessen alarmirten Pöschzüge aus der Linien- und der Oberbergerstraße eintrafen. Dabei zog sich B. verätzte Brandverletzungen an Gesicht und Händen zu, daß er nach der Sanitätsstation in der Eichendorffstraße geschafft werden mußte, woselbst er einen Nothverband erhielt. Auf seinen Wunsch wurde B. nach seiner in der Chausseestraße belegenen Wohnung gebracht.

Eine höchst aufregende Szene spielte sich am Sonntag Nachmittag gegen 9 Uhr auf der Spree in der Nähe der Moabit-Brücke ab. Ein Herr und eine Dame hatten von den Zelten aus

ein kleines Ruderboot bestiegen und „gondelten“, dem „Verl. Tgbl.“ zufolge, mit demselben frohenmuth stromabwärts. Nicht vor der Raabitzer Brücke kam dem Ruderboote der Schleppdampfer „Otto“ entgegen, welcher eine beladene Zille mit sich führte. Dies schien der Bootführer nicht bemerkt zu haben, denn er ruderte trotz der Warnungsrufe, die von dem auf der Brücke aufgestellten Publikum ausgingen, gerade in das Kleinwasser des Dampfers, um sich von den Wellen desselben schaukeln zu lassen. Da wurde aber die junge Dame von dem Schlepptau des Dampfers gefasst und mit einem Ruck in das Wasser geschleudert. Schnell entschlossen stürzte sich ihr Begleiter ebenfalls in die Fluthen, und es gelang demselben, die junge Dame zu erfassen und zu veranlassen, sich an dem straffen Schlepptau, welches sie in so große Gefahr gebracht hatte, festzuhalten. So wurden nun Beide in Todesangst eine kurze Strecke weit dabin geschleppt. Da wurde den Mannschaften des Dampfers zugerufen, anzuhalten, und diesem Rufe wurde auch Folge gegeben. Es wurde plötzlich gestoppt, und hierdurch verlor leider das Tau seine Spannung, und die Verunglückten verfielen vor den Augen der angestammelten zahlreichen Menschenmenge. Doch inzwischen war schon der in der Nähe befindliche Rettungskahn bemerkt worden, und es gelang, wenn auch nur unter großer Anstrengung, die mit dem Tode ringenden jungen Leute den Bogen zu entreißen. Man brachte diese nach dem nahe gelegenen Restaurant von Kirchhof (Gast Gärtners), wo ihnen die erforderliche Hilfe zu Theil wurde. Auf Anordnung eines zugezogenen Arztes fuhren die Geringeren, nachdem sie ihre Kleider gewechselt, gegen 9 Uhr in ihre resp. Wohnungen.

Auf vielseitigen Wunsch der Berliner Genossen macht die Lokalkommission von Johannisthal, Nieder-Schönweide noch einmal die Wirthe bekannt, welche ihre Säle zu Versammlungen verweigern.

In Johannisthal: Koch, Waldlater, Kurhaus, Restaurant Johannisthal, Reue, Kleinschick, Sozialer Ludwig, Hennberg. Senftleben giebt sein Lokal zu Versammlungen.

In Nudow ist kein Lokal.
In Nieder-Schönweide giebt nur die Borussia-Bräuerei ihre Säle.

Neuer Krug; Nallo, Schweizerhaus; und Löwengarten geben ihre Lokale zu Versammlungen nicht her.
Der „Vorwärts“ liegt in Nieder-Schönweide bei Liebenbaum (Restaurant), und Kurt (Biarrengeschäft) aus, in Johannisthal bei Senftleben (Restaurant) und im Jagaren-Geschäft von Mielenz. Bemerken wollen wir, daß bei Nallo der „Vorwärts“ anfliegen soll. Der Saal wird aber verweigert.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Nachmittag der Maurer-
polier Tillack die Durchfahrt des Hauses Veteranenstr. 89 passierte, wurde er von einem herausfahrenden Wagen gegen die Wand gedrückt und erlitt hierbei eine so bedeutende Luesion der Brust, daß er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 18. d. M. Nachmittags wurde ein 18-jähriges Mädchen vor dem Hause 63/64 durch einen schleudernden Omnibus erfaßt, zur Erde geworfen und am linken Hinterhaupte so bedeutend verletzt, daß seine Aufnahme in das St. Hedwigs-Krankenhaus erfolgen mußte. — In derselben Zeit wollte ein Tischlermeister vom Fenster im zweiten Stock des Hauses Dennewitzstr. 6 einen auf dem Hof beschäftigten Arbeiter anrufen, legte sich dabei zu weit aus dem Fenster, so daß er auf den Hof hinabstürzte und erlitt einen Schädelbruch, infolge dessen der Tod auf der Stelle eintrat. — Vor dem Hause Löh-
witzer 14 wurde am 18. d. M. Nachmittags ein Arbeiter von einem in übermäßig schneller Ganganart fahrenden Arbeitswagen überfahren und am Fuße so bedeutend verletzt, daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — In derselben Zeit glitt ein Drochlenkutscher auf dem Bürgersteige vor dem Hause Voßringstr. 28 infolge eigener Unachtsamkeit aus und erlitt anscheinend einen Bruch des rechten Oberschenkels. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus ein Friedrichshagen gebracht. — Vor dem Hause Hingelstr. 2 geriet am 19. d. M. Nachmittags, ein vierzehnjähriges Mädchen unter die Räder eines Thorenwagens und wurde anscheinend schwer verletzt. — Gegenüber dem Hause Tempelhofer Ufer Nr. 31 sprang zu derselben Zeit ein Dienstmädchen in den Kanowehranal, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Mühlstr. 6 fiel Abends eine Frau beim Absteigen von einem Pferdebestenwagen und verletzte sich anscheinend bedeutend am Bein. — Am 18. und 19. d. M. fanden fünf kleinere Brände statt.

Berichts-Beilage.

Ein recht eigentümliches Licht auf die „Wirksamkeit“ der Gefängnisstrafe war eine Verhandlung, die gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II sich abspielte. Die unverschämte Ernestine Pauline Schneider war wegen Diebstahls zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Sie wurde wegen Schwangerschaft auf einige Zeit aus dem Gefängnis in der Barnimsstraße entlassen. Volkommenen mittel-
los findet sie bei einer bekannten Familie Aufnahme. Diese Familie, selbst arm, ist aber nicht in der Lage, ihr ohne Entgelt Aufenthalt und Verpflegung zu gewähren, und so greift das arme Weib, die eben nur auf Urlaub in Freiheit ist, abermals zum Diebstahl. Ein Zwangsmaßstab ist das Objekt. Der Gerichtshof erkennt in Anbetracht der Nothlage für diesen neuen „Mißfall“ auf „nur“ drei Monate Gefängnis!

Das Bewußtsein eines ihm zugefügten Unrechtes veranlaßte den Arbeiter August Mehnert zu Rixdorf, welcher wegen groben Unfugs zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt war, sich während der Verbüßung seiner Strafe bei der Gefängnisdirektion zu melden, um den Beamten, der durch seine eblische Anklage seine Verurtheilung veranlaßt hatte, des Faltscheides zu beichtigen. Mehnert gab eine diesbezügliche Erklärung zu Protokoll und hatte sich nun wegen der Abgabe dieser Erklärung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II, wegen wissenschaftlich falscher Denunziation zu verantworten. Der betreffende Beamte, ein Rixdorfer Gendarm, hatte ausgesagt, es sei bei der Sittung Mehnerts, welcher aus Rixdorf ausgewiesen war, sich aber trotzdem dort aufhielt, ein Weichensanktion entstanden, was Mehnert bestritt. Es werden zur Feststellung dieser Thatsache 5 Zeugen vernommen, von denen 3 die Aussagen des Gendarmen bestätigen, während 2, nämlich die Frau und die Tochter Mehnerts, den in Rede stehenden Rufauf entschieden abstreiten. Trotzdem selbst der Staatsanwalt die Heberzeugung, daß Mehnert das Bewußtsein der falschen Angabe gehabt habe, nicht bekommen kann, daher auch Freisprechung beantragt, mißt der Gerichtshof den Aussagen der Frau und der Tochter Mehnerts keinen Glauben bei und verurtheilt denselben zu 1 Monat Gefängnis.

Ein Akt beispielloser Rohheit führte gestern den Handelsmann Ernst Wende unter der Anklage der Scheren Körperverletzung vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Wende, der in einem Hause in der Petrisstraße wohnte, hatte wie gewöhnlich seinen Schlüssel vergessen. Als er am Abende des 2. Januar d. J. nach 10 Uhr nach Hause kam, er war etwas angetrunken. Auf sein Klopfen öffnete ihm der zu ebener Erde wohnende Schuhmacher Helm. Da bei dem Letzteren noch Besuch war, so betrat auch Wende noch dessen Stube und erhielt Photographien und Schnaps. Auf dem Tische lagen eine Anzahl Photographien, sogenannte „Frauenschnitten“. Bei der Beurtheilung, welche von demselben die Schande sei, verrieth Wende eine Geschwändlung, die von demjenigen des Schuhmachers Helm abwich. Es

kam zu einem Wortwechsel und plözlich führte Wende gegen das Auge des neben ihm stehenden Helm einen wuchtigen Faustschlag. Der Betroffene war sofort widerstandsunfähig, Wende eilte hinaus in seine Wohnung. Er glaubte aber, seiner Wuth noch nicht genügend Ausdruck gegeben zu haben und ging nach wenigen Minuten wieder herunter nach Helm's Wohnung. Als er die Thür verriegelt fand, trat er sie ein. Sofort trat er wieder auf Helm zu und führte noch sechs bis sieben wuchtige Faustschläge gegen dessen Kopf, immer nach dem Augenziele. Eine Frau, die noch anwesend war, sprang vor Entsetzen zum Fenster hinaus. Helm wurde nach der Charitee gebracht, wo er sich noch befindet. Als er eingeliefert wurde, war die Sehraft auf seinen beiden Augen zerstört. Jetzt hat das rechte Auge ein Siebentel der normalen Schärfe erhalten, auf dem linken Auge wird Helm immer blind bleiben. Wie der ihn behandelnde Arzt vor Gericht begutachtete, wird der Verletzte nie wieder für's prallischen Leben tauglich werden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren.

Mädchen hatte einen Viepman in dem kleinen Vogelhaus. Wer kennt es nicht, das einst so populäre Koupel, an dessen Schluss die jetzt so unglückliche Marie Stolle so oft die weiße Lebensregel in die Welt hinausträllerte: „Dum ihr Mädchen, seid klug und weise, sonst löst euer Ruf nachher: Lieber Vogel, komm doch wieder, doch der Vogel kommt nicht mehr!“ — Zu den Mädchen, welche diese weiße Lehre unberührt gelassen, gehört das eben erst 16 Jahre alt gewordene Mädchen S. aus der Hochstraße, welche auch unendlich oft gerufen hat: „Lieber Vogel komm doch wieder!“ und nun, da er nicht gekommen ist, als Hauptbelastungsgewinn vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu erscheinen hatte. Mädchen S. ist ein stattliches, schlank gewachsenes Mädchen mit feurigen Augen und dicken blonden Locken und es ist begreiflich, daß sie in jenem beneidenswerthen Alter, wo die ganze Welt wie der schönste Frühling morgen zu unseren Füßen liegt, sich mit Jubeln, Schwärmen und Hoffen beschäftigte und in ihr junges Herz als süßer Gast die Liebe einzog. Der Dreher Otto K. hatte es ihr angeihan und sie überwand alle Hindernisse, um wieder und immer wieder zu ihm zu gelangen. Aber auch hier wiederholte sich die alte Geschichte, die immer neu bleibt: eines Tages sah Mädchen S. in ihrem Klammerlein und weinte sich die Augen rein roth über die Treulosigkeit der Männer, die sie trotz ihrer 16 Jahre nun auch schon hatte kennen lernen müssen. Ihr Vater aber begnügte sich nicht bei den Thränen, sondern nahm seine Zuflucht zu dem so selten in Anwendung kommenden § 182 St.-G.-B., welcher besagt, daß derjenige, welcher ein unbefugtes Mädchen, welches das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat, verführt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird. Und so mußte denn Mädchen S. gestern vor Gericht einen exomox rigorosum über ihre innersten Vergehrnisse sich unterwerfen. Was da an zärtlichen Liebesbriefen und sinnigen Gedichten von dem Angeklagten produziert wurde, ließ erkennen, daß das Verführerlein die Eitelkeit der Erkenntnis schon bis zu einer erhebnlichen Höhe emporgetrieben war und die Behauptung des Angeklagten, daß er der eigentlich Verführer war, gar nicht so ungeheuerlich klang. Der Gerichtshof konnte auch nicht feststellen, daß es bei der Zeugnis einer besonderen Verführung zum Wsien bedurft hätte und sprach deshalb nach dem Antrage des Rechts-Anwalts Dr. Gotthoff den Angeklagten frei.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Glasrührer. Wegen Lohndifferenzen haben die Kollegen bei der Firma Otto Grund u. Co. die Arbeit eingestellt. Wir bitten die Kollegen, den Zugzug fernzuhalten.

Versammlungen.

Bedarbeiter. Am Sonntag, den 12. April, tagte unter dem Vorhabe des Kollegen Jander eine öffentliche Versammlung der Bedarbeiter, in welcher Herr Robert Schmidt über die Bedeutung des 1. Mai referierte. Bedner wies darauf hin, daß die ungenügende wirtschaftliche Lage es für dieses Jahr unmöglich macht, eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen und empfiehlt der Versammlung, dem Vorschlage der Reichstagsfraktion gemäß die Feier auf den 3. Mai zu verlegen.

In den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhabte Debatte über die Frage, in welcher Weise die Feier am 3. Mai begangen werden soll, und es wurde schließlich folgende, vom Kollegen Georg Schmidt gestellte Resolution angenommen:

Die öffentliche Versammlung der Bedarbeiter Berlins erklart sich mit dem Vorschlage der Reichstagsfraktion, die Arbeiter am 3. Mai festzusetzen zu lassen im Einverständnis. Ferner beschließt die Versammlung:

I. Von einer Versammlung unseres Berufes Abstand zu nehmen, um sich den in jedem Stadttheil stattfindenden Volksversammlungen anzuschließen.

II. Sich an der vom Fachverein zu veranstaltenden Feier am 3. Mai zu betheiligen.

Sodann gelangte noch folgender Antrag zur Annahme: Beantworte hiermit, daß sich die Kollegen verpflichten, von ihrem Arbeitsverdienst am 1. Mai mindestens ein Viertel zu spenden. Von der zusammengebrachten Summe soll die Hälfte der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen werden, während die andere Hälfte der Agitations-Kommission der Bedarbeiter Berlins zufällt.

Darauf erstattete Kollege Jander einen eingehenden Bericht über die feierliche Thätigkeit der Streit-Kontrollkommission, welcher er als Delegierter der Bedarbeiter angehöret.

Unter Verschiedenen berichtete Kollege Peufert über den Streik der Kollegen von Landau u. Co. Ursache des Streiks waren theilweise sehr erhebliche Lohnereduktionen. Die Kollegen, gestärkt durch das Bewußtsein, die gesamten organisierten Bedarbeiter Berlins hinter sich zu haben, hielten jedoch einmüthig zusammen, und so gelang es schon nach zweitägigem Streik, eine befriedigende Einigung herbeizuführen. Es ist dies der erste Sieg, den unsere junge Organisation zu verzeichnen hat.

In einer am 10. d. Mts. stattgefundenen Versammlung Berliner Ärzte konstituierte sich der Verein für Einführung freier Arztwahl bei den Berliner Krankenkassen. In den aus sieben Mitgliedern bestehenden Vorstand wurden die Herren Köpcke, W. Hermann, Goth, J. Lehmann, Löwe, G. Müller, Wechselmann gewählt.

In dem Bericht in Nr. 88 unseres Blattes über die Versammlung aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in Rixdorf stattfand, wird und berichtend mitgetheilt, daß beschlossen wurde, den betreffenden Delegierten, Herrn Schmittler, als Vertrauensmann für Rixdorf zu wählen und in jeder Werkstatte ebenfalls einen Vertrauensmann zu ernennen, der sich in Bezug auf die Marktenfrage zum 1. Mai an abgenommenen allgemeinen Vertrauensmann zu wenden. Der Vorhabe in jener Versammlung war Herr Scranowitz.

Die öffentliche Steinmetzen-Versammlung tagte Sonntag Vormittag unter dem Vorhabe des Kollegen Ahleke.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Versammlung eine Abrechnung über den Generalfonds gegeben und für richtig befunden. Dann wurde angesetzt, daß der Verband auch weiterhin die Leistungen: „Vorwärts“, „Baubandwerker“ und „Steinbildbauer“ halten solle und demgemäß beschloffen.

Bei der Stellungnahme zum Kongress wurde zunächst der Wunsch laut, daß für den Verband jemand fest ange stellt und besoldet werden müsse, damit er unabhängig wirken könne.

Nachdem verschiedene andere Wünsche von zahlreichen Rednern ausgeprochen waren und nachdem auch in mehrstündigen Verhandlungen einzelne Mißstände im Beruf und in der Organisation beleuchtet waren, schritt man endlich zur Wahl der Delegierten zum Kongress, welcher während der Pfingstfeiertage in Stuttgart stattfinden soll. Die Versammlung bestimmte, daß drei Delegirte hingeführt werden sollten, daß jedem von ihnen für den Tag außer freier Eisenbahnfahrt in dritter Klasse 8 M. Diäten bewilligt werden sollten und wählte dann in geheimer Abstimmung mittelst Stimmzettel die Kollegen Ahleke, Scherg, Hempel.

Als nächster Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaftliches“ gab Koll. Jeschke als Verbandsvorhabe einen Bericht über die augenblicklich unternommenen Streiks. Die Kollegen in Osterholz seien besetzt worden. Trotzdem ihnen 472,77 M. Unterstützungsgelder zugesprochen wären, sei der Streik doch resultatlos verlaufen, ebenso ausichtslos sei der Streik in Oppach (Sachsen). Koll. Hempel besprach hierauf die Verhältnisse an dem Ban der Sebastianikirche hier. Er meinte, daß die Mitarbeiter dort nicht unter dem Minimallohn arbeiten und daß man daher von ihnen nicht recht eine Aufgabe der Arbeit verlangen könne, außerdem reichten die Mittel der Gewerkschaft auch nicht hin, um dieselben im anderen Falle nach der Heimath zurückzuführen zu können. Zu bedenken sei ferner, daß täglich so viele Kollegen nach Arbeit dort vorzöprächen, daß es wohl am Zweckmäßigsten sich zeigen dürfte, die Sperre über die Sebastianikirche aufzuheben.

Nach längerem für und Wider wurde die Sperre über die Sebastianikirche gegen wenige Stimmen aufgehoben.

Da die Zeit inzwischen schon bis spät in den Nachmittag hinein gerückt war, und noch viele Angelegenheiten zu besprechen waren, wurde die Versammlung geschlossen, und es soll in 14 Tagen eine weitere öffentliche Versammlung einberufen werden.

Schönklein. Am Sonntag, den 5. April, hielt der anti-semitische Verein Berlin Nord in unserer Dirschhof eine Versammlung ab mit dem Thema: „Jude und Bauer!“ Der Referent, Herr Pidenbach, hielt es nicht für gut, auch das angekündigte Thema einzugehen, denn er beschränkte sich nur darauf, recht weidlich die Sozialdemokratie zu beschimpfen. In der Diskussion wurde Herr Pidenbach jedoch von den Genossen aus Reinickendorf O. Knaut, H. Dutschke und Ad. Thal in gebührender Weise abgefertigt. Die schönen Erfolge, welche sich die Herren Antisemiten hier versprochen hatten, wurden nun zur ihrem größten Leidwesen zu Wasser. Während sich Herr Pidenbach den Beifall von seinen mitgebrachten Trabanten ziehen ließ, stand die anwesende Bevölkerung des Ortes hinter den sozialistischen Rednern. Hossentlich haben sich die Herren Antisemiten bei dem ersten Besuch den Mägen so verdorben, daß sie vorläufig auf ein Wiederkommen nicht denken werden.

Cranienburg. Hier selbst fand am Sonntag, den 12. April, eine für die hiesigen Verhältnisse außerordentlich stark besuchte Volksversammlung, in welcher auch Frauen anwesend waren, statt. Der Genosse Fr. Feldmann aus Berlin hielt einen ca. 1 1/2 stündigen Vortrag über Arbeiterschaft, Gesetzgebung, wobei er hauptsächlich die zur Zeit dem Reichstags vorliegende Gewerbegesetz-Novelle in Betracht zog. Reichlicher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Nach dem Vortrage, an den sich keine Diskussion schloß, nahm die Versammlung zur Tagesordnung Stellung. Beschlossen wurde, daß am 1. Mai Abends eine Versammlung stattfinden solle, in welcher der Genosse Feldmann über die Bedeutung des Tages einen Vortrag halten soll. Weiter wurde beschloffen, daß sich die Cranienburger Genossen der Demonstration, welche von den Genossen des ganzen Kreises am 3. Mai in Hohen-Schönhausen inszeniert werden wird, anzuschließen haben. Hierauf ging die Versammlung, welche wiederum ein Beweß für die Verbreitung des sozialistischen Gedankens auch am hiesigen Orte war, begeistert auseinander.

Hand der gefälligen Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend Dienstag, den 21. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Schaubauer Eide“ Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Schaubauer Eide“.

Hand der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend, Mittwoch, den 22. April, Berlin-Partei nach Johannisthal, Versammlungsort: Wilhelmshof, Abends 8 1/2 bis 10 Minuten. Für diejenigen, welche Arbeitsverhältnisse benutzen (7 Uhr 45 Minuten) und Nachzügler. Treffpunkt bei Senftleben (Wolfs-Garten) in Johannisthal. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Mittwoch, den 22. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Generalversammlung polnischer Sozialisten findet am Donnerstag, den 23. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hercules“ Salon, Alts Jakobstr. 75, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse. Geh- und Rück- Arbeiter, wenn sie auch nur kurze Zeit hier arbeiten, werden auch als Mitglieder aufgenommen. Gabe haben freies Wort. Um recht zahlreichem Beisitzung wird gebeten.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Braunschweig, 20. April. Dem „Braunschweiger Tageblatt“ wird aus Helmstedt gemeldet: Auf der Braunkohlengrube „Henriette“ bei Ulfenburg ist ein Streik ausgebrochen; die Grubenverwaltung hat infolge dessen 270 Bergleute gekündigt und 28 sofort entlassen.

Wien, 20. April. Abgeordnetenhause. Der Antrag Bernstorffs, betreffend die sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnungen für die Gerichtsbezirke Wien, Korneuburg und Wienneustadt ist einem aus 18 Mitgliedern bestehenden Ausschusse überwiesen worden. Die Verhandlungen desselben wurden für öffentlich erklärt.

Stockholm, 20. April. Nachdem seit acht Tagen im Bergwerks-Distrikt Norberg (Westmanland) die Arbeit seitens der Bergarbeiter eingestellt worden war, sind heute die entgegenkommenden Vorschläge der Grubenbesitzer von den Arbeitern zurückgewiesen worden. Die Anzahl der Streikenden, welche sich bis jetzt ruhig verhalten, beträgt ungefähr 1000 Mann. Eine Abtheilung Militär ist nach dem Auslandsdistrikte abgegangen.

Wien, 20. April. In verschiedenen Kohlen-Bergwerken des Kohlenbassins von Wien haben die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt. Der Verband der Arbeiterpartei bietet Alles auf, um den Ausbruch partieller Streiks zu verhüten.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Köln, 20. April. Die „Köln. Zeitung“ meldet, die Leiter des Zentralvorstandes der Bergleute hätten eine straffere Organisation beschloffen, namentlich sollten die an einzelnen Zechen arbeitenden polnischen Arbeiter für die Sozialdemokratie gewonnen werden. Dieserhalb sei an die Vertrauensmänner die Weisung ergangen, in der nächsten Zeit in den von den polnischen Kameraden bewohnten Ortschaften Versammlungen abzuhalten, in welchen jedes Mal ein polnischer Kamerad zu referieren hätte. Auch der chronische Geldmangel sei geschwunden; die Hauptunterstützungskasse habe recht ansehnliche Beträge erhalten. Der Pariser Kongress habe in die Bergarbeiter-Bewegung viel Leben gebracht, so daß die sorgfältigste Beobachtung nöthig sei.

Briefkasten der Redaktion.

C. P. 1001. Die Ziffern und Zeichen auf den Lösungsscheinen kennen wir nicht.
Anwanderer. In Melbourne existirt der deutsche Verein „Vorwärts“. Näheres erfahren Sie bei W. S. Wegel, Williamstreet 36, Collingwood, in Melbourne (Australien).
G. W. 33. Es giebt nur bei der Artillerie Obergefreite. Wenn wir recht unterrichtet sind, tragen diese eine Unteroffiziers-troddel.
K. E. Liebenwalderstr. Der Leipziger „Wähler“ bringt die fächlichen Lotterielisten nicht.
D. K. Das wissen wir nicht.
K. Ed. In Hamburg steht Militär.
C. V. Derartige Privatgeschäfte können wir nicht besorgen. Geben Sie doch ein Inserat auf.
W. 2. Wir haben vorläufig noch kein die Dauer der Schulpflicht regelndes einheitliches Gesetz für Preußen, sondern nur verschiedene Verordnungen der Oberpräsidenten hierüber. In Berlin kann ein Kind, wenn es das 14. Lebensjahr nach dem

1. April eines Jahres vollendet, noch bis zum nächsten 1. April zum Schulbesuch gezwungen werden.

2. in Rebeschung. 1. Theilen Sie der Amtshauptmannschaft mit, daß der Ortsvorsteher die erbetene Abhilfe trotz erfolgter Anweisung noch immer nicht geschaffen hat. Ihren durch diese Unterlassung nachweislich erlittenen Schaden können Sie von dem Ortsvorsteher ersetzt verlangen. Senden Sie sich an einen dortigen Rechtsanwalt. 2. Wenn Sie den Sachverhalt der dortigen Behörde mittheilen, so wird sicherlich gegen die Heberamme das Verfahren auf Konfessionsentziehung eingeleitet werden.

Germandaylag W. Sie können gegen die neue Steuer-einschätzung reklamiren.

K. R. Versuchen Sie es mit einer Beschwerde bei der Polizei. Wird aber dann der Wirth nicht zur Abschaffung der die Nachtruhe störenden Pöbner angehalten, so können Sie außer der Zeit nicht kündigen oder ziehen.

Briefkasten der Expedition.

Für die Ausgewerbeten gingen ferner ein:
Am 19. April: Die Rothen vom Bau der Vereinsbrauerei 4 M.
Am 20. April: Bei dem 30. Geburtstag des Genossen Ott gesammelt durch Richter 2,05. Bei Schalehke, Reichenbergerstraße 74 a, am Stammtisch 2,—. Beim Krabbelflat, jetzt Breslauerstr. 150. Gesammelt auf der Regalbahn bei Voll, Wienerstr. 1/8, 1,50. Rauchklub Hellblau 1,50. Ertrag einer amerik. Auktion durch Gefangenenverein „Sanges-Ges.“ mit Fürstena-walder Genossen 12,25.
J. Altrichter. Ihr Inserat kostet 2,40 M. Die übrigen 10 Pf. können Sie in unserer Expedition in Empfang nehmen.

Neue Walhalla.

Sommer-Theater

im Ausstellungs-Park Hasenheide.

Allens im Loth. In 8 Tagen geht's los.

E. M. Wilschke, Junterstraße 1 u. Ratzbachstraße 1, Ecke der Yorkstraße.

Cigarren und Tabake. Alle Sorten Cigaretten. Lebens- u. Feuer-Versicherungs-Agentur. Allen Freunden u. Genossen bestens empfohlen. 1963 b

Den Hentschel'schen Eheleuten die besten Glückwünsche zum heutigen Tage. Nicht über den Durst!

Todes-Anzeige.
Samstag früh 3 Uhr starb nach kurzem aber schwerem Leiden meine liebe Frau **Therese Wandtke**
an den Geburtskrämpfen. 385b
Die Beerdigung findet am Freitag, Nachmittags 2 Uhr, von der Frauen-Klinik, Artilleriestraße, aus statt.
Um stille Theilnahme bittet
Der trauernde Gatte
P. Wandke, Feizer, nebst Mutter und Schwester.

Empfehle mein Geschäft in **trisocon Blumen und Kränzen.** 538 L

Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, erkläre ich meinen Freunden und Genossen, daß ich mit **J. Meyer,** Wienerstr. 1, in keiner geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehe.

General-Versammlung
des
Lejeu-Distrikts „Herwegh“
Lages-Ordnung:
Abrechnung vom letzten Quartal und Vorstandswahl. 554/13
Jedes Mitglied wird hiermit ersucht zu erscheinen.
H. Tisseimann, Schriftführer.

Achtung, Dreher!
Am Samstag, den 22. d. M.:
Serenpartie n. Friedrichshagen.
Abfahrt mit Arbeiterbillets Friedrichstraße 6, 52 Uhr. Alexanderplatz 6, 58. Schleißer Bahnhof 7, 2. 144/7
Treffpunkt Friedrichshagen b. 10 Uhr
Vor mittags im Reichsgarten.
Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

Für unseren Kollegen sei in einer Fabrik 3,90, Freiheit Pollak II 3 M., vom Rothen von Osten 8,45.
G. Wohn, 2 St. u. K., weg. Verzieh. n. außerh. j. 1. Mai 3. v. b. Janke, Mündelbergerstr. 24 part. 881 b

Geschäftshaus E. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten 588L
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Blonsen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus E. Heine.

Unentbehrlich für jeden Haushalt.
R. F. Mittelstädt's
Original Löwen-Butter.
Vorzügliches Verdauungsmittel. Das beste aller **Kräuter-Extrakte**
erfreut sich durch seinen angenehmen Geschmack seit Jahren einer besonderen Beliebtheit, rückt vorzüglich den Magen und regt ganz außerordentlich den Appetit an. Wer die Wirkung dieses Bitters bei Verdauungsbeschwerden, Magenkatarrh etc. einmal versucht hat, wird denselben stets zu Hause haben und auf Reisen nie ohne denselben sein. Bei regelmäßigem Gebrauch vor und nach jeder Mahlzeit ein kleines Bismarck-Gläschen voll zu nehmen. Zu haben in Flaschen à 0,60, 1,10 u. 1,50 M. Wiederverkäufer bedeutend. Rabatt.
Zu haben in Berlin in allen besseren Geschäften, Restaurant etc.
Ferner in: 223L
Friedenau: Otto Voigt.
Wilmerdorf: Hermann Petri.
Schmargendorf: Herm. Petri.
Vreitestraße 7.
Steglich: Ernst Boddin.
Zehlendorf: Hermann Thiele,
Auguststraße 4.
Tempelhof: E. Gruno.
Mariendorf: P. Mielenz.
Hindorf: A. Kilmke, Berlinerstr. 64.
H. Watschke, Bergstr. 107.
R. F. Mittelstädt, Fabrikant, Berlin N., Brunnenstr. 118.

Reinh. Wankel
Brennerei.
No. 121 b.
Alle Arten
Uhren in Gold
u. Silber unter 3 Jahr.
Garantie zu kollekt. Preisen.

Für Schuhmacher!!
Seit Anfang April befindet sich die **Unter-Schuhleisten-Fabrik**
Brennwerkzeuge und Bedarfsartikel
C. Japsen & Co.,
Zimmerstraße 39
zwischen Jerusalem u. Markgrafstr.
größtes Lager Berlins
Kinderwagen, Andrusstr. 23, D. V.

Geschäftshaus H. Greifenhagen

N., Brunnenstraße 20,

bleibt der Feiertage wegen am Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. April, sowie Sonnabends stets geschlossen. 571 L
Sonnabend wird Abends geöffnet.

Den besten bayrischen **Schmalzler**
aus ächtem Präparat, sowie ihre rühmlichst bekannten **Hand-, Kau- u. Schnupf-Tabaksorten** empfohlen 194L
Schwarz & Co.
Tabak-Fabrik, Nürnberg.
Marienvorstadt,
4. Gleisbühlstraße 4.
Verandt von Schmalzler von 7 Pf. an franko.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wansch, u. d. Oranienplatz
Hauptstr. 38,
Nannstr. 38,
u. d. Oranienplatz

Bitte lesen Sie!
Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa **1000 Sommer-Parlotts,** 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaguarth, Hosen, Westen etc.
Ferner **Uhren, Ketten, Borten, Wäsche, Stiefeln, Hüte, Reise- und Holzkoffer, Waschkessel etc.,** sowie **Damen-Mäntel und Kleider.**
Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pänder verkauft.
A. Wergien,
Schneidermeister,
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 3906 L

Rohtabak **A. Goldschmidt,**
Spannauerstraße 6,
an diesem Orte bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmtliche im Handel
bestehnd. Rohtabake sind an Lager.
A. Goldschmidt, Spannauerstr. 6,
am Ede'schen Markt. 746

Betten
F. R. Retzlaff,
Bettfedern-
Spezial-Geschäft
Brückenstr. 5
(Nannow'sche-Bäder)
Zustellb. gestanzt.

Im Tuchgeschäft
Oranien-Str. 126. I.
Herren- und Knaben-
Anzüge, Paletots,
sowie Damenkleider etc.
Auf Wunsch auch gegen
Ehezahlungen. 597 L

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen,
Rath im Zivil- und Strafprozess. Ein-
ziehung von Forderungen. **Pollak,**
jetzt Hauptstr. 7, I. Auch Sonntags.
Das grösste Brot
für 50 Pf. liefert 513 L
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8 und Langstr. 26.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof partiere.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Kinder-Garderobe
fertig in den neuesten Moden zu bill. Preisen
Th. Hobmann, Schneidermeister,
599 L 23 Franzoseckstrasse 23.

Fehlerhafte Teppiche,
Läufer, Portièren, Tischdecken
unter **Postenpreis.** Fabrik
Hille, Zimmerstraße 88, Hof part.
Emma Seidel,
Mobilien. [215b]
Markusstr. 12, I. (Choringang),
empfiehlt sich Genossinnen zur
Anfertigung gutschmeckender Garderobe.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
**H. Mennert, Reichen-
bergerstraße 150, Ecke Mantelstr.**
Theilzahlung nach Uebereinkunft. 476 L
Die billigste Bezugsquelle
für Gardinen, Teppiche, Betten, Federn,
Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollen-
waaren, Wäsche, Damenconfection
ist bei **J. Gabbe & Comp.,**
Fehrbellinerstr. 77. [236]
Rosenthalerstr. 69/70.

Marjeillaise
wied in kür-
zester Zeit im
Zithern-
Institut Reichenbergerstraße 43 gelehrt.

Rechts-Bureau des Königl. Preuss.
Amtsrichters a. D.,
Alte Jakobstr. 102 II. Gewissenhalter
Rath, Hilfe in allen Angelegen. Unbe-
mittelten unentgeltl. Auch Sonntags.
2 freundl. Wohnungen, Stube u.
Küche m. Wasserl., 50 u. 54 Thlr. sof.
verm. Kisdorf, Prinz-Jandkerstr. 50.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-1.

Sophabezüge!
Kette in Nipp, Damast, Granit,
Blisch u. bunt. Stoff. **Spottbillig!**
Emil Ledvoro, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Möbel- und
Polsterwaaren
empfiehlt zu billigen Preisen bei guter
veiler Arbeit 304L
Rob. Fischer, Tapezier,
Mantelstr. 88, I.
Kein Laden.
Alte und neue Stiefel, große
Auswahl, 2 Stand Betten billig
verkauft. Markgrafstr. 70 im Keller,
J. Roltsh. 207b

Rohtabak
empfiehlt 114b
Rud. Seiffert, Reichend ergerstr. 171.

Hutfabrik
Glückerstraße 11,
vis-a-vis der Heiligen
Kreuz-Kirche.
595L
Wilhelm Böhm.
Sämmtliche Hüte mit Kontrollmarken.
Großes Lager in Regen- und Sonnen-
schirmen. Reellste Bedienung.

Ein frdl. möbl. nach vorn gel. 12 Zimmer
bill. 3. verm. Walter, Königstr. 3, III.
Frdl. Schlafst. Kottbus. Ufer 59, Hof IV.
Möbl. Schlafstelle an 2 G. zum 1. zu
verm. Frau Barthel, Andreestr. 26 v. IV.
Frdl. Schlafst. 3. v. Walbertstr. 85, IV. I.
Angen. Schlafstelle b. frdl. Leut. f. 2 G.
sof. 3. v. Röh. Wernmann, Schmidtstr. 42
D. I. R. 599 b
Bei einem Leier d. Bl. in der Nähe
der Universität wird ein mögl. einfach
u. bill. Zimmer zu mieten gef. Off.
an Hand. Wächter, Exped. d. Bl. 1896b
Schlafstelle Müllerstr. 164, Quergeb. pt.
Faber. 374b
Verf. H. Restergsch. Langestr. 7. R.
Freundl. Schlafstelle Sebastianstr. 71,
Hof 8 2c. bei Müller. 371b

Arbeitsmarkt.
Ein Genosse sucht Arbeit jed. Art bei
S o l l i c h e r s k i, Kottbuser Damm 6,
Hof rechts 1 2c. 820 b
Weber auf Doublewaare Tritt verf.
Kaiser Wilhelmstr. 33 L. 157M
Schneiderlehrling verlangt Kolmsch.
373b Wasserstr. 40, Hof 2 2c.
Ein Genosse findet Schlafstelle mit
sep. Eing. bei Mahltz, Barnimstr. 47.

Regenmäntel, enorm billig, in neuesten Façons und gediegenen Stoffen offerirt
S. Cohn, Brunnenstraße 3.

Gerichts-Beilage.

Eine Novelle, welche von dem Redakteur der „Berl. Volks-Tribüne“ Paul Ernst verfaßt und in der Nummer des genannten Blattes vom 17. Januar d. J. zum Abdruck gelangt ist, wurde seitens der Staatsanwaltschaft als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen und hat deshalb dem Verfasser eine Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zugezogen, die gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Die Novelle schildert, wie ein junger unverdorbenes Provinziale zum ersten Male nach Berlin kommt, hier das Laster in jeglicher Form kennen lernt und zuletzt der Verführung erliegt. Staatsanwalt Dr. Venediz kennzeichnet das geistige Erzeugnis des Angeklagten als „Gift“, welches den unteren Schichten des Volkes geboten würde, er halte hierfür nur eine Freiheitsstrafe am Plage und beantrage 14 Tage Gefängnis. Der Angeklagte bestritt, daß es ihm darum zu thun gewesen sei, den Lesern etwas „Blautes“ zu bieten. Er habe durch die Schilderung abschreckend wirken wollen und deshalb das Laster, wie es auf der Straße und in den Kaffeehäusern sich breit mache, in unverblümter Weise schildern müssen. Dies Bestreben sei jedenfalls lobenswerth, wie dasjenige berühmter Schriftsteller, welche das Laster in überquellender Form in die Salons schleppen. Der Gerichtshof vertrat die Ansicht der Staatsanwaltschaft und erkannte auf 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis.

Der räuberische Einbruch bei dem Schankwirt Schulz in der Schützenstraße 88, über welchen wir dieser Tage berichteten, beschäftigte gestern wiederum die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I, nachdem der vor vier Tagen angehängene Termin zur Hauptverhandlung vertagt worden war. Auf der Anklagebank saßen der Buchbinder Gehrmann, der Arbeiter Blasig, der Steindrucker Mehler und der Schneider Schröder, von denen die ersten drei in der Verbrechenswelt wohlbekannte gemeingefährliche Eindringler sind. Wie erinnertlich sein wird, handelt es sich um die Nacht vom 2. zum 3. Dezbr., in welcher der erste Angeklagte bei dem Schankwirt Schulz übernachtete. Bald nachdem dieser ins Bett gestiegen war, hörte er ein verdächtiges Geräusch im Gastzimmer und als er aufstand und in das betreffende Zimmer trat, kamen ihm zwei Männer entgegen, welche Messer in den Händen hielten und Herrn Schulz derartig erschreckten, daß dieser sie nur himmelhoch hat, ihm nichts zu thun und sie ruhig mit ihrer Diebesbeute ziehen ließ. Herr Schulz hatte von dem ganzen Vorfall der Kriminalpolizei keine Anzeige gemacht, die Kunde davon kam vielmehr durch eine Zeitungsnote. Die Kriminalpolizei nahm vor allen Dingen den Angeklagten Gehrmann fest und erhielt aus Verbrechenskreisen die Mitteilung, daß Gehrmann den Diebstahl ausbalanciert, Schröder Schmirer gestanden und Blasig und Mehler den Diebstahl selbst ausgeführt habe. Der Kriminalkommissarius Kefmann sagte dem Gehrmann auf den Kopf zu, daß seine drei Mitangeklagten schon entdeckt und festgenommen worden seien. Dies hatte den Erfolg, daß Gehrmann nun „piff“ und in der That zugab, daß die drei Angeklagten in der bezeichneten Weise an dem Diebstahl beteiligt waren. Er blieb auch vor Gericht bei dieser Beschuldigung, welche übrigens durch einen Kaffeehausbesitzer und andere Momente vollständig bestätigt wurde. Trotzdem wehrte sich Mehler — in Verbrechenskreisen als „Stotter-Albert“ bekannt — so energisch gegen die Beschuldigung, daß der Gerichtshof wohl oder übel drei von demselben begehrte Entlassungszeugen noch vorladen mußte. Diese gestern vorgeführten Zeugen waren von einem Kaliber, daß ihnen der Gerichtshof überhaupt nicht glaubte, denn sie gehören gleichfalls zu der Verbrechenswelt und verkehrten mit den Angeklagten in einem der Polizei bekannten Verbrecherteller. — Der Gerichtshof verurtheilte Gehrmann und Blasig zu je fünf Jahren, Mehler zu vier Jahren Zuchthaus, Schröder zu sechs Monaten Gefängnis. — Den Schluß der Verhandlung bildete eine sehr erregte Szene. Kaum war das Urtheil gesprochen, als die drei letzten Angeklagten über den ersten herfielen und durch Faustschläge ins Gesicht für dessen Angeberei Rache nahmen. Die Durschen konnten nur mit Mühe von der Anklagebank fortgebracht werden. Nach wenigen Minuten kam der Gerichtsdiener Gerloff blutüberströmt in den Gerichtssaal zurück; als derselbe die Gerurtheilten abführen wollte, war der Angeklagte Blasig plötzlich auf den Beamten losgesprungen und hatte ihm mehrere Boxer-

schläge ins Gesicht versetzt, so daß das Blut sofort aus Mund und Nase heraustrat. — Der Staatsanwalt nahm sofort den Thatbestand auf und den frohen Subjekten steht nun noch eine jedenfalls schwere Strafe bevor.

Versammlungen.

Metallarbeiter.

Eine Massenversammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter von Berlin wurde am vergangenen Sonntag Vormittag unter dem Vorsitz des Kollegen Pehold im Feenpalast abgehalten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Das Komplott der Metallindustriellen gegen die Arbeiter“, führte Kollege Alwin Gerich folgendes aus:

In einer früheren Versammlung der Metallarbeiter betraf die Raifeier wurde die Forderung ausgesprochen, daß dreieinhalbmal alle Löhne erhöht werden würden, welche die Unternehmer zur Unterbreitung dieser Forderung gesponnen haben. Schneller, als man gedacht, hat sich diese Forderung verwirklicht! Heute ist das Ziel sichtbar, mit dem die Arbeiterklasse vor Jahresfrist umstellte war; und heute, nachdem wir die Kampfweise unserer Gegner kennen gelernt haben, können wir uns auch unsere Niederlage erklären, jene Niederlage, die gleichzeitig für uns einen großartigen moralischen Sieg bedeutet. Denn in vollem Licht des Tages haben die Arbeiter verhandelt, und klar und deutlich treten die Motive für ihre Handlungsweise hervor: es war das Mittel, das unsere Erbarmen mit Millionen von Arbeitsbrüdern, die durch das heutige Ausbeutungssystem um ihr Lebensglück betrogen werden. Unsere Gegner haben dagegen nicht offen, sondern in geheimen Zusammenkünften verhandelt; „streng vertraulich“ war ihre Forderung, „streng vertraulich“ das Heldengesetz, mit dem sie nicht einen offenen, ehrlichen Kampf begannen, sondern heimlich die Minen legten, welche die Arbeiter besiegten sollten.

Ein Jahrhundert ist verfloßen, seit man gegen die geheimen Verhaftungsbeehle der feudalen Staaten kämpfte, aber trotzdem haben sich unsere heutigen Großen nicht geändert, jene alten Junker nachahmen. Wer früher von einem solchen geheimen Verhaftungsbeehle betroffen wurde, bekam wenigstens ein Odbach, Speise und Trank, heute dagegen ist der also Betroffene vogelfrei und dem Tode preisgegeben und tritt so lange umher, bis er durch die Noth getrieben entweder zum Verräther an seiner Ueberzeugung oder zum Selbstmörder wird.

Das Bedauerlichste an dieser Sache ist es aber, daß selbst die Behörden bei dieser Angelegenheit die Hand im Spiele haben. Der Staat, der der Inbegriff der gesamten Bürger ist, der aus allen Gliedern besteht, hat sich nicht unparteiisch gehalten, sondern Front gemacht gegen die Arbeiter, die für eine Besserung ihrer zerrütteten Lage kämpften. Von all den vielen Mittheilungen, die uns durch die neulichen Enthüllungen gemacht sind, berühren uns am schmerzlichsten die, welche auf die Staatsbehörden hinweisen als Vorkämpfer des Kapitalismus. Wenn irgend Jemand des Schutzes dringend bedürftig ist, so doch in erster Linie der Arbeiter, und dennoch haben die Behörden, so weit es sich um Staatsbetriebe handelt, dem herrschenden Kapital die Hand zum Bunde gereicht und an dem großen Kesselstreben gegen die Arbeiter thätig Antheil genommen.

Befonders die Nachricht hat allseitige Bewunderung hervorgerufen, daß am 1. Mai 1890 Beamte über ihre Kräfte angestrengt werden mußten. Wir waren bisher der Meinung, daß die Arbeiter Mannes genug sind, selber jede Ordnung aufrecht zu erhalten, und glauben auch jetzt noch, daß es dann am Besten stehen wird, wenn die Arbeiter sich selbst bemachen. Als vor längerer Zeit ein Fabrikant für die auf sein Eigenthum verwendete besondere Wachsamkeit ein Geschenk von 3 M. andot, weigerte die Polizei sich, das Anerbieten anzunehmen. Ist es nun etwas anderes, wenn man diesem Geschenk noch drei Nullen angehängt hat, ändert das die Verhältnisse? Nie und nimmer! Alle aufreizenden Reden, all die Bitterkeit, die in den Worten der Vorkämpfer der Arbeit gegen das Kapital liegt, sie alle verschwinden vor den aufreizenden Thatfachen der Kapitalisten. Man muß sich wirklich sagen, daß man sich Jahrzehnte lang in der Person geirrt hat, da es die Kapitalisten gewesen sind, die den Klassenhass erzeugt haben und noch jetzt durch ihr Gedächtnis zum Klassenhass aufreizen.

Wenn nun unsere Gegner behaupten, die Unternehmer seien gezwungen, derartig gegen die Arbeiter vorzugehen, da dieselben eine einseitige Lohnerhöhung anstrebten, so können wir dem ent-

gegenhalten, daß das nur geschieht, um den einseitigen Lohnreduktionen ein Gegengewicht zu geben. Denn es ist Thatsache, daß jeder von den Arbeitern einseitig versuchten Lohnerhöhung 100 von den Arbeitgebern einseitig durchgeführte Lohnerduktionen gegenübersehen.

Was nun die Behauptung der Herren, welche das Komplott gegen die Arbeiter gebildet haben, betrifft, daß kein Arbeiter auf die schwarze Liste gekommen wäre, der es nach dem Urtheil der aus den achtbarsten Mitgliedern bestehenden Kommission nicht wirklich verdient habe, so läßt sich dem gegenüber stellen, daß anfangs ein jedes Mitglied des Verbandes das Recht hatte, den Namen eines Arbeiters auf die schwarze Liste zu setzen. Als dann später eine Kommission eingesetzt wurde, griff man zu dem Mittel, auch die Ansicht eines „Bruder Arbeiters“ zu hören. Ob aber wirklich Arbeiter gehört worden sind, steht sehr zu bezweifeln, und bevor man uns nicht nachweist, welcher Arbeiter gesprochen hat, halten wir die Behauptung für unwahr. Sollte aber wirklich ein Arbeiter befragt worden sein, so gewiß nur ein solcher, den man als einen indifferenten kannte. Und wehe demselben, wenn er etwa anders gesprochen hätte, als es im Wunsch der Arbeitgeber lag! Der Unglückselige wäre ebenfalls für einen „wässen Agitator“ gehalten und demgemäß behandelt worden.

Die neuesten Enthüllungen über das Komplott der Metallindustriellen gegen die Arbeiter sind nun für uns ein Mahnruf, das nachzuholen, was wir bisher versäumt haben. Wir stehen augenblicklich vor einem entscheidenden Wendepunkt in der Arbeiterbewegung, da muß ein jeder die kräftige Nachlässigkeit schwinden lassen und voll und ganz seine Schuldigkeit thun. 20.000 organisierte Metallarbeiter, das sei die Antwort auf die Herausforderung des Unternehmers, und das wird auch die beste Antwort sein. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung beschloß nunmehr, den folgenden Rednern je 5 Minuten Redezeit zu gewähren, und verlängerte diese Zeit später auf 10 Minuten.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Körtzen (Former), Hartmann (Schlosser), Stabernack (Schraubendreher), Gutthert (Maschinenbauer), Barnatan (Schlosser), Lausche (Former), Freiberger (Schlosser), Unger, Stuback (Former), Knapp (Gas- und Wasser-Motrieger) und Körnes (Dreher) und führten Beispiele für die Handlungsweise der Arbeitgeber an; sämtliche Redner konstatarren, daß gerade die sozialdemokratischen Arbeiter stets die besten seien. Kollege Körtzen kennzeichnet treffend die Art und Weise, wie Arbeiter als „wässen Agitatoren“ auf die schwarze Liste gesetzt werden können und führte als Beispiel an, daß ein Arbeiter als „wässen Agitator“ bezeichnet sei, weil er sein (des Redners) Freund war, und ein anderer, weil er seinen Sohn als Lehrling aus einer Fabrik fortgenommen habe.

Folgende drei Resolutionen kamen zur Abstimmung: 1. Die heute im „Feen-Palast“ versammelten Metallarbeiter Berlins sprechen ihren Willen aus über die Resolutionen des Verbandes der Berliner Eisen- und Metallindustriellen, durch welche Arbeiter, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie sich nicht zu willenlosen Sklaven des Kapitals degradieren lassen wollten, dem Tode überliefert werden.

Die Versammlung hält diese Handlungsweise für um so verwerflicher, weil sie ausgeht von Personen, die sich stets als die Hüter und Schützer der höchsten Güter der Nation aufspielen, und weil sie sich richtet gegen Arbeiter, die für eine Besserung und geistliche Erleuchtung der Arbeitszeit manifestirten, also für eine Förderung eintraten, die, wie das Beispiel anderer Staaten beweist, ebenso leicht ausführbar wie von eminent kultureller Bedeutung ist.

Angeichts solcher Vergewaltigung der Arbeiter durch die Unternehmer erhebt die Versammlung energisch Protest gegen die in der neuen Gewerbe-Ordnung-Resolution enthaltenen Bestimmungen der Bestrafung des Kontraktbruchs, sowie der Verschärfung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Die Versammlung fordert volles und uneingeschränktes Koalitionsrecht, als das natürlichste Recht der Arbeiterklasse.

Die Versammlung richtet aber auch zugleich an alle Metallarbeiter Berlins den dringenden Appell, sich fest zusammenzuschließen, um durch vereintes Handeln der drohenden Bestrafung entgegenzutreten. Die Versammelten erklären und geloben, daß sie alle Kräfte einsehen und nie erlahmen wollen, die neugegründete und allseitig mit ungetheilte Sympathie begünstigte Organisation so stark und mächtig zu machen, bis sie im Stande ist, die unwürdigen Zustände zu beseitigen, unter denen die Metallarbeiter selbst leiden, und die von allen denkenden

Plauderei.*)

R. O. „Rühnemann, geh' Du voran, Du hast die längsten Stiebeln an.“ So soll von jetzt ab der alte Vers, der ursprünglich auf einen gewissen Haunemann gedichtet war, heißen. Herr Rühnemann ist Kommerzienrath, er hat schon deswegen Anspruch auf eine höhere Ehrbezeugung, und seitdem aus seiner freigebigen Hand die Tausendmarktscheine für Schuldenleute rieseln, dürfte er für freibare Naturen den Abglanz aller irdischen Herrlichkeit bilden. Es ist überhaupt ein eigenes Ding um einen millionenbelasteten Kommerzienrath, und die alte Sage von dem goldbeladenen Esel, der unbeanstandet die dicksten Festungsmauern passiert, gewinnt, in die moderne Sprache unseres Zeitalters übersetzt, immer wieder greifbare Gestalt, und der dienstwillige Esel mancher Beamtenkategorie erscheint in einem eigenartigen, ganz besonders verklärten Lichte. Mag dem sein, wie ihm wollte; in einem kommerzienrathlichen Gemüth spiegelt sich die Welt gewiß ganz anders wie in dem beschränkten Unterthanenverstand gewöhnlicher Nichtbesitzer, und wo der Durchschnittsmensch vergeblich nach den wahren Ursachen der Dinge forscht und grübelt, da sieht der Kommerzienrath vergnüglich in der Ede, klopf sich auf die Taschen und weiß Alles.

Mitwiffer sind natürlich unangenehme Konferten, das ist klar; und ruchlos ist der, welcher einem Kommerzienrath eine unruhige Stunde bereitet. Es ist im Leben häßlich eingerichtet, daß neben unverschämten Unternehmer-Organen auch andere Zeitungen bestehen, und es wäre die höchste Zeit, daß es nunmehr endlich Pech und Schwefel vom Himmel regnete, damit alles Gelichter, welches sich nicht unterthänig vor einem Kapitalistenverbande verneigt, vom Erdboden verflügt werde. Wurde schon Loth's Frau bei der Katastrophe von Sodom und Gomorra durch eine Salzfäule verneigt, so liegt kein Grund vor, weshalb gleich große Berliner Sünder vor einem ähnlichen Schicksal bewahrt bleiben sollten. Nur der bestehende Theil der Bevölkerung, vielleicht vom gewöhnlichen Kommissionrath aufwärts, hat das Recht zu leben, und was darunter ist, das ist vom Uebel.

Aber trotz Herrn Rühnemann hat die Natur ein Einsehen gehabt, sie hat sich durch das weiße Walten des Verbandes der Metallindustriellen in ihrem Lauf nicht aufhalten lassen. Vor einigen Tagen wurde uns, wie an anderer Stelle unseres Blattes von sorgsamer Hand registriert wurde, der erste Mailäfer präsentiert, und das arme Reichen sah in seiner schwebelichen Streichholzschachtel recht erbärmlich aus. Er hatte seine sämtlichen sechs Weinchen beinahe bis ans Kinn herausgesogen und seine Lebensgeister konnten nur durch energisches Pusten zu wirklicher Bethätigung erweckt werden. Er schien es lebhaft zu bedauern, daß er vorzeitig den wärmenden Schoß der Mutter Erde verlassen hatte, und wenn er den bis jetzt erscheinenden Stadischenblättern keinen Geschmack abgewinnen kann, so dürfte er wohl einem vorzeitigen Hungertode preisgegeben sein, da man ihm bei der zurückgebliebenen Vegetation nicht einmal anrathen kann, ins Gras zu beißen. Es soll freilich einen ingeniosen Mann gegeben haben, der seinem Pferde eine grüne Brille aufsetzte und dem Vierfüßler Hobelspanne vorlegte, die das Thierlein dann als saftiges Kraut verzehrte. Wenn der Mailäfer auf einen ähnlichen Scherz eingeht, müßte man ihn nach dem Reichstag spediren und ihn auf den grünen Tisch setzen, wo bekanntlich die hohen Herren die Befehle machen. Ob aber selbst ein Mailäfer dabei gedeiht, wagen wir nicht zu entscheiden, schließlich ist es auch seine Sache. Man thut soviel man kann, um seinen vorzeitigen, jugendlichen Feiertag wieder zu repariren.

Aber wirklich hat die Natur ein Einsehen. Der einsame Mann in Friedrichsruh hat seine richtige Anzahl von Riebiheiten erhalten, dafür aber fehlten ihm bei seiner Wahl umsonne Stimmen. Deswegen grüßt er natürlich; man kann es ihm weder verdenken noch verwehren, und es soll schon öfter vorgekommen sein, daß aus einem Heros ein Herostrot wurde. Der Herostrot war erst, er blieb; aber der Heroenhaste hatte etwas Talmairisches an sich, er hielt dem Sturm der Zeit nicht Stand. Nur den einen Vortheil hat die Wahl in Westmünde gehabt, man erfährt nunmehr wenigstens von sachmännlicher Seite, was eigentlich „konservativ“ ist. Einem wirklich konservativen Manne muß die Regierung jeden Liebesdienst erweisen; thut sie das

nicht, so wird sie zuerst gerüffelt, und wenn das nicht hilft, so wird sie gestürzt. Dieser Standpunkt ist nicht nur konservativ, er ist sogar sehr bequemer, und es ist begründeter Aussicht vorhanden, daß er sich des Beifalls aller wirklich Edlen erfreuen wird. Andererseits aber wird es die Regierung nicht erst zu ungnädigen Klüffeln kommen lassen, sie wird sich vertragen, und Konfessionsbesitzer und Gouvernemente werden ein Herz und eine Seele sein.

So will es der Lauf der Welt bei uns, und wer etwa anderer Meinung sein sollte, der wird auf die schwarze Liste gesetzt. Und ist man erst soweit gekommen, so ist man einem sanften Hungertode preisgegeben, gegen welchen auch kein Kraut gewachsen ist. Bei dem nochstandlosen Winter, der sich fast bis an den sogenannten Wonnemond fortsetzt, triumphiert der bessere Theil des Publikums, und die wenigen, fadenförmigen Sonnenstrahlen, die uns bisher beglückten, sind auch kaum dazu angethan, besonders hoffnungsreiche Gefühle in uns wachzurufen. Selbst die wildesten Bitale des Königs Stamm im Reichstage können den Magistrat unserer Haupt- und Residenzstadt nicht zu Gewaltthatigkeiten gegen den Fiskus aufreizen, sonst würde doch einmal eine mit Spießen und Stangen bewaffnete Schaar von blutgierigen Magistratsvertretern am letzten Ende der Zimmerstraße erscheinen, um den dortigen Engpäß mit stürmender und siegreicher Hand zu nehmen. Bis jetzt tobt der Kampf allerdings nur in den Zeitungen, aber der Fiskus sieht als Leonidas im Engpäß und lacht — und der Magistrat lacht mit, worüber weiß er nicht, vielleicht über sich selbst.

Ein Ding will Weile haben, so sagt der Frühling auch. Die Kalendermacher sind etwas ins Gedränge gerathen und ein Stücker — Gigerl nennt man sie jetzt — soll neulich eine weiße Dose spazieren geführt haben, von der sich aber herausstellte, daß sie inwendig mit Pelz gefüllt war. Er hätte sich das Herz wärmen können, wenn es ihm hinein gefallen wäre. Doch man soll die Hoffnung noch nicht verlieren: vielleicht gehen wir doch noch, wenn auch mit rothen Nasenspitzen, einer warmen Zukunft entgegen. — — —

*) Wegen Raummangels ...

Arbeiter als eine tiefe Schmach für das 19. Jahrhundert empfunden werden. (Einstimmig angenommen.)

2. Die Versammlung spricht allen Berliner Firmen, die sich von dem alle sozialen Verhältnisse vergiftenden Treiben des Verbandes der Metall-Industriellen ferngehalten haben, ihre Achtung und Anerkennung aus. (Wegen etwa 5 Stimmen angenommen.)

3. Die heutige Versammlung der Metallarbeiter Berlins fordert alle denkenden Arbeiter auf, in großen Versammlungen gegen die Vergewaltigung der Arbeiter zu protestieren, wie sie vom Verband der Berliner Metall-Industriellen und vom Verband der Metall-Industriellen Deutschlands systematisch betrieben wird. Die Versammlung hofft, daß, wenn die Unternehmer sich auch gegen alle anderen Vorstellungen als blind und taub erweisen, sie doch die allgemeine sittliche Verurteilung ihres Treibens veranlassen wird, den bisher betretenen Weg nicht länger mehr zu verfolgen. (Diese Resolution wurde gegen eine kleine Minorität angenommen.)

Eine vierte Resolution, durch welche die Versammelten aufgefordert wurden, einen Revers, der ihnen am 1. Mai von den Arbeitgeberern eventuell zum Unterzeichnen vorgelegt werden könne, in keinem Falle zu unterschreiben, wurde vorläufig zurückgezogen, da zur Verhandlung dieses Angelegenheit eine neue Versammlung einberufen werden soll, und man ging zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Stellungnahme zu dem am 1. Juni in Frankfurt a. M. stattfindenden Kongress und Wahl der Delegierten. Der Referent, Kollege Köstler, bemerkte zunächst, daß die Zeit, während welcher der Kongress tagen solle, nicht günstig gewählt sei, und führte dann aus, daß die Berliner Metallarbeiter dem Kongress nicht besonders sympathisch gegenüberstünden und das auch nicht könnten. Die Berliner Metallarbeiter hätten in den letzten Monaten gezeigt, daß sie sich einig seien und anerkannt, daß die Form der Organisation, wie sie gewählt sei, für Berlin die einzig richtige sei. Der Stand der Delegierten, die von Berlin aus nach Frankfurt gingen, würde deshalb auch ein besonders schwieriger sein, da die Berliner Metallarbeiter auf dem Standpunkt der lokalen Zentralisation ständen, während die Vertreter der übrigen Städte vorwiegend aus Anhängern der Branchen-Zentralisation über ganz Deutschland beständen.

Redner beleuchtete hier die Nachteile einer derartigen Zentralisation in längerer Ausführung und kam zu dem Schluß, daß die Berliner Metallarbeiter an ihrer lokalen Zentralisation festhalten müßten. Es sei demgemäß eigentlich nicht absolut notwendig, daß der Frankfurter Kongress von Berlin aus beschickt werde, jedoch würde es gut sein, wenn einige Delegierte hingingen, um die Interessen der Berliner Metallarbeiter voll und ganz zu wahren und die Gesichtspunkte auseinander zu setzen, nach welchen die Berliner Kollegen handelten. (Beifall.)

In der Diskussion sprachen die Kollegen Hartmann, Selchow, Killaß, Stabernack und Stübner.

Folgende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen:

Die heutige öffentliche Versammlung der Metallarbeiter hält die von den Vertrauensmännern einberufenen Spezialkongresse der verschiedenen Branchen für überflüssig und beschließt, nur den allgemeinen Metallarbeiter-Kongress beschicken zu wollen.

Zur Frage der Organisation erklären die Versammelten, daß sie nach sorgfältiger Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, sowie mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand der Berliner Metallarbeiter-Organisation für die nächste Zeit an der lokalen Zentralisation als der für Berlin besten Form der Organisation festhalten müssen.

Die Versammlung hält es im übrigen für selbstverständlich, daß die Berliner Metallarbeiter, wenn sie sich auch unter dem Zwang der Verhältnisse gegen eine formelle Zentralisation aussprechen müssen, sich dennoch stets eins mit den Metallarbeitern Deutschlands fühlen und demgemäß handeln werden.

Die Versammlung beschloß hierauf, den Kongress mit drei Delegierten zu beschicken und wählte als solche einstimmig die Kollegen Köstler, Werlich und Pehold.

Desgleichen wurden zu einer Kommission, welche die für die Reise und den Aufenthalt in Frankfurt nötigen Kosten beschaffen soll, einstimmig die Kollegen Stabernack, Trittelwitz und Neumann gewählt.

Die Versammlung beschloß ferner gegen zwei Stimmen, den Ueberschuß der Zellerfassung dem neugegründeten Metallarbeiter-Verein zuzuwenden.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt hatte, daß in der Brauerei „Tivoli“ am 1. Mai eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit einem dem Tage angemessenen Vortrag stattfinden werde, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter geschlossen.

Eine Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Tapezierer Berlins fand am 7. April statt. Herr Wach hielt einen interessanten Vortrag über Sozialismus. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verschiedenem weist Kollege Freiwald bei dem heutigen Quartalswechsel auf das Belehrenswesen hin und verliest aus dem „Vorwärts“ einen diebezüglichen Artikel. Auch Kollege Wister kritisiert das Belehrenswesen, indem er anführt, daß es mit 4 Jahren Belehrtzeit oft noch nicht abgemacht sei, obgleich der Kontrakt dementprechend laute; man hält die Lehrlinge oft noch einen Monat hin, bis sie ausgeschrieben werden, und bis zu dieser Zeit würden sie nicht als Gehilfen bezahlt. Daß diese Ausübung über alles Maß gehe, leuchte ein. Weiter wird angefragt, ob der Fachverein die am 1. Mai erscheinende Feilschrift zum Verkauf an die Kollegen anschaffen solle. Es wird jedoch beschlossen, den Verkauf den Kolporteurs zu kommen zu lassen. Dann wird bekannt gemacht, daß sich die Kollegen, welche am 1. Mai feiern, dem nächsten Wahlverein anschließen sollen. Dann werden einige Preise für Tapezierarbeiten aus dem von der Berliner Tapezier-Innung aufgestellten Preis-Katalog vorgelesen; man ersieht hieraus, daß die Herren ganz gute Preise zu fordern wissen, wenn jedoch ein Gehilfe einen Lohn verlangt, welcher den heutigen Bedürfnissen noch lange nicht entspricht, so seien die Herren Feuer und Flamme über solch hohe Forderungen. Bei dieser Forderung wird bemerkt, daß in dem Markowicz'schen Möbelgeschäft in der Friedrichstraße sehr schlechte Preise gezahlt werden, der Prinzipal dagegen ein sehr reicher Mann geworden sei.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend hielt am 7. d. Mts. seine erste gut besuchte Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Oswald Schenck in Mariendorf ab. Das Bureau bestand aus folgenden Mitgliedern des provisorischen Vorstandes: Tannenberg, erster, Reisen, zweiter Vorsitzender, und Schnella, Schriftführer. Zunächst wurde die Geschäftsordnung des Vereins angenommen. Darauf wurden die genehmigten Statuten verlesen und der von der Behörde beanstandete § 11 erläutert. Hierbei sei erwähnt, daß drei Monate vergingen und dreimal die Statuten eingereicht werden mußten, ehe sie die behördliche Genehmigung (i. Red.) erhielten. Der 3. Punkt der Tagesordnung, Vorstandswahl, nahm geraume Zeit in Anspruch, da die angenommene Geschäftsordnung Wahl durch Stimmzettel vorschreibt. Aus der Wahl gingen hervor: Tannenberg, erster Vorsitzender; Reisen, zweiter Vorsitzender; Graf, erster Schriftführer; Senger, zweiter Schriftführer; Graf, erster Kassierer; Polborn, zweiter Kassierer; Müller Rudolf, erster Beisitzer; W. Wilt, zweiter Beisitzer; Schüttelepp, Bibliothekar. Außerdem wurden noch per Mitteilung zwei Kassen-Revisoren gewählt, und zwar Pöble und August Wilhelm Müller. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten besprochen, wurde, da am Sonntag, den 8. Mai, bei Schenck der Verein zur Feier des 1. Mai ein Vergnügen abhalten will, ein Vergnügungs-Komitee von 7 Personen gewählt. Gewählt wurden hierzu Julius Wolf, Rehme, Krüger, Andreejewsky, Sydow, Graf, Leitner. Aufnahmen ließen sich 22 Mitglieder, und der Verein zählt jetzt 107 Mitglieder. Mit

einem kräftigen Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des Vereins schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Am 12. April tagte die fünfte Ansschussung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des verstorbenen Revisors Genossen Nürnberg, die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Im Bunde aufgenommen sind wiederum 11 Vereine. Zu Grabesängen sind vier Lieder bestimmt, dem Charakter des Bundes angemessen, sie werden den Vereinen durch den Bund zugänglich gemacht. An Stelle des verstorbenen Gen. Nürnberg ist als Revisor der Vertreter des Vereins „Liedesfreiheit“ gewählt. Als Leiter der nächsten Uebungsstunde ist der Dirigent Herr Oskar Vohelt gewählt und als Bundesdirigent in Aussicht genommen. Ferner ist der Beschluß gefaßt, im Monat Juni ein Sommerfest zu veranstalten und zwar bei Eipß, Friedrichshain. Das gewählte Vergnügungskomitee wird das Weitere regeln. Bezugnehmend auf den am 18. März vom Arbeiter-Sängerbund veranstalteten Ueberabend, welcher als gelungen bezeichnet werden muß, glaubt die Ansschussung die Sympathie aller liebedenkenden Arbeiter erworben zu haben und richtet an dieselben die Aufforderung, im Bedarfsfalle sich nur solcher Vereine zu bedienen, welche dem Arbeiter-Sängerbund angehören. Zum Schluß macht der Vorsitzende, Gen. Neumann, noch bekannt, daß die nächste Uebungsstunde jedenfalls am Sonntag, den 26. April, stattfindet, und bittet die Vereine vollständig zu erscheinen. Das Nähere wird im „Vorwärts“ noch bekannt gemacht.

Die in Karton- und Albumfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am 18. April unter dem Vorsitz des Herrn Greiffenberg versammelt, um zur Maifeier Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hielt der Kollege Freudenreich. Die Bedeutung des 1. Mai Karlegebund, empfahl derselbe den Anwesenden, sich dem von den Buchbindern in dieser Sache gefaßten Beschluß unterzuordnen. Dieser Beschluß geht dahin, daß am 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Feuerfestischen Lokale eine Versammlung mit entsprechender Tagesordnung stattzufinden hat, sowie jeder Kollege verpflichtet ist, den vierten Teil des Tagesverdienstes für die ausgesprochenen Arbeiter zu opfern. Am 3. Mai haben sich die Kollegen den politischen Vereinen anzuschließen. Nach Schluß der Diskussion, an welcher sich mehrere Redner beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung der in Karton- und Albumfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt, sich dem in Bezug auf die Maifeier gefaßten Beschluß der öffentlichen Versammlung der Buchbinder vom 23. März zu fügen, zur Regelung der Geldfrage wählt die Versammlung eine aus drei Personen bestehende Kommission.“ Gewählt wurden die Herren Deyfelder, Gessinger und Frau Haberstroh. Hierauf verlas der Vertrauensmann der Kartonarbeiter, Herr Schwarzburger, die Abrechnung über die von ihm verwalteten Gelder. Darnach war am 1. Januar ein Bestand von 9,85 M. vorhanden. Die Einnahmen vom 1. Januar ab inklusive des Bestandes vom letzten Quartal 1890 betragen bis jetzt 55,99 M., die Ausgaben 37,00 M., es bleibt somit ein Bestand von 18,99 M. in den Händen des Herrn Schwarzburger. Diefem wurde Decharge erteilt. Da noch Gelder anstehen, wird Herr Schwarzburger sein Amt weiter verwalten. In dieser Abrechnung bemerkte der Vorsitzende, Herr Greiffenberg, daß, als sich die „Freie Vereinigung der Kartonarbeiter“, welche die Schulden der Streik-Kommission übernommen hatte, auflöste, Herr Schwarzburger als Verwalter der Nachlasses der Freien Vereinigung gewählt wurde. Er hatte die ausstehenden Gelder einzulassen und eventuell Schulden zu bezahlen. Gerügt wurde, daß immer noch Kollegen da sind, welche ihren Verpflichtungen noch nicht nachgekommen. Von der Veröffentlichung der Namen dieser Kollegen wurde, da sie meistens bestrast sind, mit der Zeit ihre Pflicht zu thun, bis auf die eines derselben, Abstand genommen. Dieser eine hat erklärt, von dem Ertrage zweier Zellerfassungen, der noch in seinem Besitze ist, nichts herauszugeben zu wollen. Es ist dies der frühere Kassierer der Freien Vereinigung der Kartonarbeiter, der Kartonschreiber L. Die Versammlung beschloß, nachdem mehrere Redner hierzu gesprochen, den Vertrauensmann Schwarzburger zu beauftragen, den L. der Staatsanwaltschaft zu überliefern. Herr Freudenreich machte hierauf das Urtheil eines unter seinem Vorsteh in Sachen Schüler statgeordneten Schiedsgerichtes bekannt. Das Urtheil geht dahin, daß der Kartonarbeiter Schüler nicht in allen ihm zur Last gelegten Fällen ganz korrekt gehandelt habe, daß die meisten gegen ihn erhobenen Anklagen dagegen ein Produkt bloßer Klatscherei seien, er erfolge dessen als Kollege anerkannt werden müsse und ihm das Recht, in der Arbeiterbewegung thätig mitzuwirken, nicht vorzuzulassen werden könne. Unter Verschiedenem regte Herr Joff wiederum die Frage des Zusammengehens der Arbeiter bzw. Arbeiterinnen aller zur Papierverarbeitungs-Industrie gehörigen Branchen an. Nach einer sehr sachlich geführten längeren Diskussion wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß eine alle Branchen umfassende Organisation nötig ist und beauftragt eine Kommission von fünf Personen, die nötigen Schritte zu thun. In diese Kommission wurden gewählt die Herren Feldmann, Freudenreich, Drows und die Damen Frau Freudenberg und Fr. Bertha Artelt.“

Die freie Vereinigung der Banarbeiter Berlins hielt am Sonntag, den 12. April, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Kollege Steinberg mit warmen Worten des Geburtstages unseres Vorkämpfers Ferdinand Lassalle und die Versammlung ehrte sein Andenken von den Plätzen. Sodann erhielt Genosse Häbich das Wort zu einem Vortrage über die kapitalistische Anarchie und die Stellung der Arbeiter, der allseitigen Beifall fand. In der Diskussion sprachen Kollege Galtch und Herr Neuhans im Sinne des Referenten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Versammlung der Banarbeiter Berlins ist mit den Ausführungen des Referenten, sowie sämtlicher Redner einverstanden und verpflichtet, dahin zu wirken, daß der Vereinigung immer mehr Mitglieder zugesührt werden, um dadurch der Macht des Kapitals einen Damm entgegenzusetzen.

Hierauf erstattete der Kassierer Abrechnung vom 1. Quartal 1891. Einnahme 337,40 M., Bestand vom 4. Quartal 1890 199,65 M., zusammen 537,05 M., Ausgabe 391,82 M., bleibt ein Bestand von 145,23 M. Da kein Widerspruch gegen diese Abrechnung erhoben wurde und die Revisoren die Richtigkeit befunden hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Jetzt wurde zur Erleichterung der Verbreitung des Fachorgans geschritten. Reuigewählt wurden für den Osten die Kollegen Vogt, Kopenstr. 82, Hof 1 und Stahn, Grüner Weg 41, v. IV.; für den Südosten August Gräß, Oppelnerstr. 98, v. IV. und Wittmar, Brangestr. 68, v. III. bei Sprenger; für den Norden Kohlmei, Invalidenstr. 19, III. und Namole, Gerichtstr. 41, Hof IV. Darauf fanden folgende zwei Anträge Annahme: 1. Ich stelle den Antrag, daß denjenigen Mitgliedern, welche bis zur nächsten Mitgliederversammlung ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, kein Organ mehr zuzustellen ist. Galtch. 2. Ich stelle den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, zum nächsten Monat eine Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Aufhebung der obligatorischen Einführung des Organs „Der Arbeiter“. Ferner. Ein anderer Antrag, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Summe zu überweisen, wurde wegen des niedrigen Kassenbestandes bis zum nächsten Quartal zurückgestellt. Der Beschluß, welcher in der letzten Versammlung gefaßt worden war, am 1. Mai eine Versammlung abzuhalten, wurde aufgehoben, desgleichen wurde ein Antrag abgelehnt, am 3. Mai einen Ausflug nach Friedrichshagen zu machen. Ein Unterstützungs-

gesuch wurde dem Vorstande zur Regelung überwiesen. Hierauf mußte die Versammlung wegen der vorgerückten Zeit geschlossen und verschiedene Sachen bis zur nächsten Versammlung, welche am 10. Mai stattfindet, vertagt werden.

Die Zivil-Berufsmusiker von Berlin und Umgegend hielten am Freitag Nachmittag eine öffentliche Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Schonert ab. Der erste Punkt der Tagesordnung wird mit der Beratung der Statuten ausgefüllt. Der Verein trägt den Namen: Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker von Berlin und Umgegend. Der Zweck des Vereins ist: Förderung der geistigen und Berufsinteressen seiner Mitglieder und Ausklärung derselben in allen sie interessierenden Tagesfragen. § 1, welcher die Mittel zu diesem Zweck feststellt, die in Uebersetzung günstiger Beschäftigungsbedingungen, Stellungnahme zu allen Tagesfragen der Musiker, Abhalten von Versammlungen und Vorträgen, Beschäftigungsnachweis, Regelung von Zeit und Lohn in der Beschäftigung, Unterstützung von Kranken- und Beschäftigungslosen und in der Stärkung des Klassenbewußtseins bestehen, wird unverändert angenommen. Ebenso § 2, der jedem Beschäftigtennehmer und -Geber, der in Berlin seinen Wohnsitz hat, Aufnahme sichert, § 3 wird ganz gestrichen, § 4 mit einigen Aenderungen in der Fassung der Kommission angenommen. Derselbe regelt die Aufnahme und den Austritt aus dem Verein. §§ 5-9 bestimmen die Wahl und Funktionen des Vorstandes und werden mit geringen Aenderungen angenommen. Ebenso §§ 10 und 11. Bei § 12, Verneuerung der Kassenbestände, tritt Genosse Thierbach lebhaft für die thätigste baldige Anschaffung einer Bibliothek ein. §§ 12-20 behandeln die Regelung interner Angelegenheiten und werden ohne große Debatte genehmigt. Nach § 21 darf eine Veränderung der Statuten nur durch übereinstimmenden Beschluß von zwei innerhalb vierzehn Tagen einberufenen Versammlungen vorgenommen werden. § 22 bestimmt, daß die Auflösung der Freien Vereinigung nur durch übereinstimmenden Beschluß von drei innerhalb drei Wochen einberufenen Versammlungen vorgenommen werden darf. Beide Paragraphen werden in dieser Fassung angenommen. Es tritt eine kurze Pause ein und sodann wird das ganze Statut mit den beschlossenen Veränderungen einstimmig angenommen.

Unter Verschiedenem geistete Kollege Schonert die entstellten Berichte, die über die erste Versammlung von den hiesigen Tagesblättern gebracht wurden; es wären $\frac{2}{3}$ der Mitglieder Sozialdemokraten genannt worden. Wenn auch der Verein auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe, ja stehen müsse, so sei darum doch die politische Ueberzeugung Sache des Einzelnen. Redner wendet sich darauf gegen das Verhalten des Musikdirektor Wein. Derselbe beschäftige Beamte, die die Musik nur als Nebenbeschäftigung treiben. Als Entschädigung werde angegeben, es seien keine Musiker von Beruf zu bekommen und dennoch läßt eine große Anzahl beschäftigungslos umher und müsse hungern, während jene doppelte Einnahme haben. Derselbe Herr Wein aber beistehe sich damit, seit 1878 „in der Bewegung zu stehen!“ Nachdem noch einige Redner das Verhalten der Tagesblätter, sowie der Musiker-Zeitung der neuen Vereinigung gegenüber kritisiert haben, fordert Thierbach zu energischer Thätigkeit für den Verein auf, unter Hinweis auf die Niederlagen der Sozialisten durch den Boykott und meint, daß sämtliche Arbeiterseite für die Zukunft nur noch durch Mitglieder der freien Vereinigung mit Musik versorgt werden und auf diese Art auch die gerechte Sache der Musiker zum Siege geführt würde.

Der Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Stein-druckereibetrieben hielt am 8. April eine Versammlung ab. Herr Koch sprach über: Wie verhält sich die heutige soziale Gesellschaft der Kirche gegenüber? und fand lebhaften Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen St. Wien und Antonie Haase. Die Letztere wies nach, daß in dem einen Jahre des Bestehens unserer Organisation 400 Stellen durch unseren Nachweis besetzt worden sind, auch seien die Löhne etwas gestiegen. Die nächste Generalversammlung findet am 29. April bei Reiner statt.

Die Graveure, Lithographen, Musterzeichner und verwandten Berufsgenossen hielten am Freitag eine öffentliche Versammlung ab. Die Leitung übernahm der Vorstand des Ortsvereins genannter Branchen (Hirsch-Dunder), welcher die Versammlung einberufen hatte. Das Referat über die Lage des in den graphischen Gewerben Beschäftigten hatte Herr Redakteur Goldschmidt übernommen. Der Redner zeigt in längerer Ausführungen den Niedergang des Kunsthandwerks, welcher trotz des Umstandes, daß die Maschine nicht eindringen könne, sondern nur die Vervielfältigung einer der modernen Industrie entsprechende Aenderung erfahren habe, unfehlbar zu verzeichnen sei. Ganz speziell wird die Saisonarbeit und das Lehrlingswesen beleuchtet, auch eine Verkürzung der Arbeitszeit für notwendig erachtet. Wie es nicht anders zu erwarten war, wird von dem Vertreter des Harmonikapostels Ursache und Wirkung bunt durcheinander gewürfelt. Er empfahl die alte Harmonikduselei zwischen Kapital und Arbeit. In der Diskussion wird ihm von den zahlreich erschienenen Mitgliedern der freien Vereinigung der Graveure, Biseleure u., eine Belohnung zu Theil, wie sie ihm kaum alle Tage geboten werden dürfte. Anstatt sich dafür dankbar zu bezeigen, klatscht der Referent eine m Redner, der den misslungenen Versuch macht, ihn zu unterstützen, höchst eigenhändig Beifall!

Die Diskussion zieht sich nahezu zwei Stunden lang hin, vier Resolutionen werden eingebracht, drei im Sinne der sozialistischen Arbeiter und eine im Sinne der Hirsch-Dunder'schen, die jedoch so schlecht stylisiert ist, daß der Vorsitzende aus ihrer Fassung selbst nicht klug wird. Der Referent bekommt das Schlusswort. Der Vorsitzende steht ein, daß die Minorität für den Referenten stimmen würde, und schlägt wegen einiger Zwischenrufe, ohne über die Resolutionen abstimmen zu lassen, die Versammlung. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie leert sich der Saal.

In einer Versammlung der polnischen Sozialdemokraten, welche am 8. d. M. unter Vorsitz des Genossen Markowski tagte, hielt Genosse Kurowski einen Vortrag über die Bedeutung der Organisation. Die Versammlung spendete dem Redner reichen Beifall.

Im weiteren Verlauf erstattete der Schriftführer Bericht über die Thätigkeit des Vereins im ersten Quartal, aus welchem sich folgendes ergab: An Mitgliedern wurden 114 Genossen aufgenommen, 42 Bücher wurden für die Bibliothek angeschafft, außerdem wurden mehrere Utensilien erworben. Hierauf verlas der Kassierer den Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 99 Mark 42 Pf. ergab. Dem steht eine Ausgabe von 84 Mark 30 Pf. gegenüber, mithin bleibt ein Bestand von 15,10 M. Decharge konnte jedoch nicht erteilt werden, da die Revisoren bis dahin keine Gelegenheit gehabt hatten, sich von der Richtigkeit der Rechnung zu überzeugen. Unter Verschiedenem wurden zwei Anträge einstimmig angenommen, und zwar besagt der erste Antrag, daß alle gelesenen polnischen Zeitungen gesammelt und dem Genossen Andriejowski zur weiteren Verschickung übermittelte werden sollen. Der zweite Antrag lautet: Da beschlossen wurde, am 1. Mai zu arbeiten, so verpflichten sich die Genossen, den vierten Teil ihres Verdienstes dem Zentral-Komitee der Sozialdemokratie zu überweisen.

Der Verein der Eisen- und Metallendreher Berlins und Umgegend hielt am 12. April eine Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Nachschly ab. Herr Nachschly hielt einen Vortrag über die Ziele der Sozialdemokratie und fand den Beifall der Versammlung. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Unger und Gieshold, die im Sinne des Referenten sprachen. Unter Verschiedenem besprach Kollege Unger den schwachen Beschluß der Versammlung.